

In Herausforderungen
Chancen sehen.

Wir machen Staat!

Geschäftsbericht
2018-2023

**Wirkung
kommt
von WIR.**

**Gemeinsam mehr
erreichen.**

WIR IM SBB.



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der Landesleitung lege ich den Geschäftsbericht des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB) für die Jahre April 2018 bis April 2023 vor. Mit diesem Geschäftsbericht legen wir Rechenschaft ab über die letzten fünf Jahre gewerkschaftlicher Arbeit.

Am 12./13. April 2018 fand der 7. Gewerkschaftstag des SBB in Dresden statt. Das gewählte Motto „In Herausforderungen Chancen sehen. WIR machen Staat!“ scheint im Nachhinein gleichermaßen Leitgedanke als auch Prophezeiung gewesen zu sein.

Der Berichtszeitraum war geprägt von der COVID-19-Epidemie, die am 11. März 2020 durch die WHO offiziell zu einer weltweiten Pandemie erklärt wurde.

Beinah über Nacht war das persönliche Zusammenkommen von Menschen stark reglementiert oder zeitweise gar nicht möglich. Gewohnte Tagesabläufe, wie Wege zur Arbeit, zu Veranstaltungen, sportliche Aktivitäten und selbst Familientreffen waren eingeschränkt. Damit fehlten die Begegnungen mit Kolleginnen und Kollegen, mit Freunden, mit Familienmitgliedern.

Dienstliche Tätigkeiten wurden, wo immer möglich und quasi ab sofort, zum Großteil zu Hause erledigt, obwohl technische und auch persönliche Voraussetzungen oft nicht oder nur eingeschränkt gegeben waren. Hinzu kamen zeitgleich geschlossene Schulen und Kindertageseinrichtungen, damit verbundene häusliche Betreuung von Kindern und/oder HomeSchooling ohne funktionierende digitale Plattformen.

Unseren Kolleginnen und Kollegen wurde Außerordentliches abverlangt, bis an die persönliche Belastungsgrenze und teilweise auch darüber hinaus. Sie und wir alle wurden von Besorgnis, Ängsten und teilweise auch schmerzlichen Verlusten begleitet.

Die Folgen für die gewerkschaftliche Arbeit des SBB und seiner Mitgliedsgewerkschaften und -verbände waren vielschichtig, vor allem aber herausfordernd.

Zusammenarbeiten in der gewohnten Form war nicht mehr möglich. Sitzungen, Tagungen, Kongresse, Seminare – dies ging nicht mehr „in Präsenz“. Für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, für welche Begegnungen, persönliche Gespräche und Gemeinschaft essenziell sind, war dies eine harte Zeit.

Aber wir hatten es richtig und vorausschauend formuliert: In Herausforderungen Chancen sehen.

Nach einer nur kurzen Zeit der „Schockstarre“ haben wir neue Wege des Zusammenarbeitens gefunden, haben probiert und experimentiert und bewiesen, dass motivierte und engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sich nicht unterkriegen lassen. Schnell haben wir neue Themen aufgerufen und Formate angepasst und digitalisiert.

Und wir alle haben erneut bewiesen, dass wir Staat machen – auch und gerade in schwierigen Zeiten. Wir machen Staat!

Und mit Stolz und voller Überzeugung können wir erneut festhalten: Ein funktionierender Freistaat Sachsen wäre ohne das Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen, der Beamten und Angestellten unserer aktuell 38 Mitgliedsgewerkschaften nicht denkbar. Unsere Mitglieder sind die Gesichter unseres Freistaates in nahezu allen Bereichen und Berufsgruppen der öffentlichen Wahrnehmung, von A- wie Autobahnmeisterei bis hin zu Z- wie Zugbegleiter.

Diese Vielfalt bedeutet fachliche und sachliche Kompetenz in vielen Themen.

In der Pandemie haben unsere Kolleginnen und Kollegen bewiesen, dass schwierige Fragen andere Antworten brauchen. Wir können diese Antworten geben, denn: Wir können Krise!

Das in der Pandemie gezeigte Engagement, der gezeigte Gemeinschaftsgeist im beruflichen und dienstlichen Umfeld, die Belastbarkeit und der Ideenreichtum, die Bereitschaft, sich vor Herausforderungen nicht wegzuducken, sondern diese konsequent anpacken – all das macht unsere Kolleginnen und Kollegen aus.

Mit rund 90 gestellten Anträgen hat der 7. Gewerkschaftstag des SBB uns Aufträge für die inhaltliche und politische Arbeit mit auf den Weg gegeben. Dabei waren Themen sowohl aus dem Tarif-, als auch aus dem Beamtenrecht Schwerpunkte unserer Arbeit. Die gerechte Teilhabe beider Statusgruppen an der wirtschaftlichen Entwicklung war uns immer ein Anliegen.

Als SBB Beamtenbund und Tarifunion sind wir davon überzeugt, dass sich nur gemeinsam Themen voranbringen und Probleme lösen lassen. Der SBB ist Vielfalt in Gemeinschaft. Als der Spitzenverband der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst und der privatisierten Bereiche des Freistaates Sachsen vertreten wir eine Vielzahl von Bereichen, Berufsgruppen, verschiedenen Statusgruppen und Bildungswegen in diesem Sektor. Und bei all der Unterschiedlichkeit der Themen und Menschen eint uns das WIR - das WIR in der **#SBBfamilie**.

Ich lade Sie herzlich ein, gemeinsam zurückzuschauen auf unsere Arbeit der letzten Jahre. Vieles haben wir auf den Weg gebracht, anderes aber noch nicht. Verbesserungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche in Sachsen auf den Weg zu bringen bedeutet immer noch, dicke Bretter bohren zu müssen. In Krisenzeiten gilt dies ganz besonders.

All das hätte der SBB nicht erreichen können ohne die Menschen, die mit anpacken, die unterstützen, die sich einbringen. Die Menschen, die uns immer wieder zeigen, dass Engagement im gewerkschaftlichen Ehrenamt, trotz allem Gegenwind, so wichtig und auch so erfüllend ist.

„Wie viel Staat braucht Staat?“

Gemeinsam können wir einfach mehr erreichen.

Herzlichen Dank Euch und Ihnen allen!

Mit kollegialen Grüßen



Ihre

Nannette Seidler
Landesvorsitzende des SBB



Sabine B.
Technikerin

1. Personelles	10
2. Ausgangslage	14
3. Politische Arbeit	17
3.1. Parlamentarische Abende	17
3.2. Gerichtliche Entscheidungen/Beschlüsse zur Beamtenbesoldung in Sachsen	17
3.3. Gespräche zur Umsetzung der Grundsätze des Bundesverfassungsgerichtes zur Besoldung in Sachsen	17
3.4. Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes des Landes Sachsen – Studie	19
3.5. Gewalt gegen Beschäftigte – Kongress	20
3.6. Gewalt gegen Beschäftigte – weitere Gespräche	21
3.7. Der Freistaat Sachsen im Krisenmodus - Initiativen des SBB	22
4. Tarifverhandlungen	26
4.1. Die jährlichen Einkommensrunden	26
4.2. Tarifausschuss beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	27
4.3. Bericht über die privatisierten Bereiche	27
5. Fachkräfteallianz Sachsen	29
6. Der SBB als Landesbund des dbb beamtenbund und tarifunion	30
7. 30 Jahre SBB – 30 Jahre Landesbund im dbb	34
8. Teilnahme am Tag der Sachsen	38
9. SBB Kommunikation	42
10. Die Arbeit der Querschnittsvertretungen des SBB	46
10.1. Bericht der SBB Jugend	46
10.2. Bericht der SBB Frauen	47
10.3. Bericht der SBB Senioren	50
11. Die Arbeit der Kommissionen des SBB	52
11.1. Bericht der Kommission Beamtenrecht und Besoldung	52
11.2. Bericht der Grundsatzkommission Tarifrecht	53
11.3. Bericht der Grundsatzkommission Mitbestimmung	59
11.4. Bericht der Grundsatzkommission Rechtsschutz	60
11.5. Bericht der Fachkommission Bildung	61
11.6. Bericht der Fachkommission Sicherheit	62
12. SBB intern und Ausblick	67
13. Wichtige Termine des SBB im Berichtszeitraum	70
14. Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen	74



dbb
beamtenbund
und tarifunion

**WIR ERFÜLLEN
IN DIESEM LAND
EINE SCHLÜSSEL-
FUNKTION.**

dbb: wir. für euch.



Vivian W.
Justizvollzugsbeamtin

Geschäftsbericht des SBB Beamten- bund und Tarifunion Sachsen

1. Personelles

Auf dem 7. Gewerkschaftstag des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen im April 2018 wurde die Landesleitung satzungsgemäß neu gewählt. Gleiches trifft für die drei Kassenprüfer zu.

Die Vorsitzenden unserer Querschnittsvertretungen, also der SBB Jugend, der SBB Frauen und der SBB Senioren wurden auf den Vertretertagen der jeweiligen Gremien neu gewählt.

Die Bildung der Grundsatz- und Fachkommissionen, hinsichtlich deren Aufgabe und personeller Zusammensetzung, oblag gemäß der Satzung dem SBB Landesvorstand.

Landesleitung des SBB

Vorsitzende: Nannette Seidler (DSTG)

Stellvertretende

Vorsitzende/r:

Karen Siwonia (DSTG)
Steffen Winkler (SLV)
Norbert Bullmann (GdS)
André Ficker (BTB)
Michael Jung (SLV)
Klaus-Peter Schölzke (GDL)
Cathleen Martin (DPoIG)
Imre Bösze (DVG)

(2018 – 2019)

(ab 10/2019)

Kassenprüfer

Robert Sender (SLV)
Michael Creutz (BDF) (04/2018 – 03/2022)
Ines Winter-Graul (DSTG) (seit 05/2022)
Steffen Rauer (GDL) (2018 – 01/2023)

Vorsitzende der Querschnittsvertretungen

SBB Jugend Johannes Seidler (GdS)
SBB Frauen Tanja Teich (DSTG)
SBB Senioren Rita Müller (BDZ)

Vorsitzende der Grundsatz- und Fachkommissionen

GK Beamtenrecht: Karen Siwonia (DSTG)
GK Tarifrecht: Steffen Winkler (SLV)
GK Mitbestimmung: Imre Bösze (DVG)
GK Rechtsschutz: Norbert Maroldt (DVG)
FK Bildung: Dirk Baumbach (LVBS)
FK Sicherheit: Michael Welz (DSTG)



Landesleitung ab 2018



Landesleitung ab 2019



Din UNVERZICHTBARER

56729

POLIZIA

DPoIG

AF Anzeigen

AF Anzeig Kopie

2. Ausgangslage

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion startete mit Zuversicht in die neue Legislaturperiode. Das politische Umfeld ließ erkennen, dass auf die bereits 2014 vom SBB gestellte Frage: „Wieviel Staat braucht Staat?“, nun endlich von der Sächsischen Staatsregierung eine Antwort gesucht wurde. Dies ging einher mit einer wiedergewonnenen Offenheit und den Möglichkeiten eines vertrauensvollen Dialogs zwischen Verantwortung Tragenden in Politik und Verwaltung und dem SBB als gewerkschaftlichem Spitzenverband.

Der in den Vorjahren vom SBB stets heftig kritisierte vorgeplante pauschale Stellenabbau in der sächsischen Staatsverwaltung war vom Tisch.

Nach den bereits 2016 vorgelegten Ergebnissen der Personalkommission I wurden durch den Freistaat Sachsen weitere Maßnahmen zur Sicherung einer demografiefesten und zukunftsfähigen Verwaltung eingeleitet.

So beschloss das sächsische Kabinett am 12. März 2018 die Gründung einer Kommission zur Ermittlung des künftigen Personalbedarfs, in die auch die Landesvorsitzende des SBB als ständiges Mitglied berufen wurde.

Personal war in der öffentlichen Kommunikation wieder „wichtigste Ressource für einen bürgernahen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst“ und nicht mehr lediglich Kostenfaktor. Themen wie Personalstrategie, Demografiebrücken, Ausbildungsoffensive oder betriebliches Gesundheitsmanagement wurden aufgerufen und gemeinsam diskutiert.

Offener Austausch und Kommunikation auf Augenhöhe war das Ziel einer sachsenweit durchgeführten Dialogreihe unter Federführung des sächsischen Ministerpräsidenten „Miteinander reden“. Auch hier war der SBB Beamtenbund und Tarifunion eingebunden und brachte sich und seine wichtigen Vorstellungen und Vorschläge in zahlreiche Veranstaltungen ein.

All das sprach für ein neues Denken, den grundsätzlichen Willen zu verändern und zu gestalten, gern auch gemeinsam.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es trotz aller Offenheit nach wie vor Themen gibt, die starr und felsenfest verankert scheinen. Beispielhaft sei hier die Schaffung einer Möglichkeit zur Bildungsfreistellung genannt. Dass Sachsen hier eines von nur zwei Bundesländern ohne entsprechende gesetzliche Regelung war und ist, ist weder nachvollziehbar noch erklärbar. Dass die demografische Entwicklung auch vor den Beamten und Arbeitnehmern des Freistaates nicht Halt machen würde, war auch hier nicht Gegenstand der Überlegungen.

Die Anforderungen einer offensichtlich alternden Belegschaft ohne Nachwuchskräfte wurden weder gesehen noch berücksichtigt.

Zukunftsweisende und notwendige Veränderungen für den öffentlichen Dienst und für dessen privatisierte Dienstleistungsbereiche zu sehen und aufzuzeigen, ist ohnehin nur die eine Seite der Medaille. Sie umzusetzen braucht den Willen, politische Mehrheiten und einen langen Atem. Und es braucht Ressourcen, nicht zuletzt auch finanzielle.

Der 7. Gewerkschaftstag des SBB im April 2018 sah jedenfalls noch in vielen Bereichen deutlichen Handlungs- und Änderungsbedarf. So wurden konkrete Aufträge, Handlungsfelder und Ziele für den SBB und seine Funktionstragenden formuliert.



Landesvorstandssitzung 2023 in Dresden



Landesvorstandssitzung 2018 in Kloster Nimbschen



Landesvorstandssitzung 2021



Landesvorstandssitzung 2022



Claudio A.
Lokführer

3. Politische Arbeit

3.1. Parlamentarische Abende

In der Regel einmal im Jahr lädt der SBB zu parlamentarischen Abenden ein. Im Berichtszeitraum fanden Parlamentarische Abende des SBB pandemiebedingt nur an folgenden Terminen statt:

- 08. November 2018
- 21. November 2019
- 31. Mai 2022

Ziel dieser Abende war es ein Gesprächsforum anzubieten, bei dem Parlamentarier und Verantwortung Tragende aus den sächsischen Verwaltungen mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ins Gespräch kommen konnten, ohne vorabgestimmte Tagesordnungen und angemeldete Gesprächsthemen.

Neben der Landesleitung des SBB waren natürlich die Mitglieder des Landesvorstandes des SBB zugegen, um ihre speziellen Themen und Fragen in aufgelockelter Atmosphäre ansprechen zu können.

Die Gespräche und Begegnungen an diesen Abenden waren und sind für die politische Arbeit des SBB sehr wertvoll. Diese Möglichkeit, bei der wir uns nicht nur in unserer Rolle als Funktionstragende begegnen und für eigene, vielleicht auch konträre Positionen werben können, ist eine geschätzte Austauschplattform.

Gleichwohl gab es viele Themenfelder und Fragestellungen, die vom SBB langfristig und ausführlich bearbeitet wurden. Die wichtigsten dieser Themenfelder sollen im Nachgang vorgestellt werden.

3.2. Gerichtliche Entscheidungen/ Beschlüsse zur Beamtenbesoldung in Sachsen

Am 4. und 5. Mai 2020 ergingen erneut zwei wegweisende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Bemessung

des Mindestmaßes der amtsangemessenen Alimentation und zur Besoldung kinderreicher Beamter.

Und auch wenn Sachsen davon nicht unmittelbar betroffen war, müssen die Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts auf die sächsische Besoldung übertragen werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Entscheidungen sein bereits im Jahr 2015 entwickeltes Prüfschema zur Untergrenze der Alimentation weiter präzisiert.

Ausgehend von einer Musterbeamtenfamilie bestehend aus dem Beamten in der niedrigsten Besoldungs- und Erfahrungsstufe, seinem nicht beruflich tätigen Ehepartner und zwei Kindern wurde ein Vergleich zwischen der Besoldung dieses Beamten mit den Leistungen, die eine vergleichbare Familie in der Grundsicherung erhält, vorgenommen.

Ebenso ist das Mindestmaß an Alimentation auch Beamtenfamilien mit drei und mehr Kindern zu gewähren.

Zu all den formulierten Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts, deren Bedeutung und möglichen Auswirkungen auf die Besoldung in Sachsen informierte der SBB regelmäßig seine Gremien und bot, auch im digitalen Format, seinen Mitgliedsgewerkschaften mit verbeamteten Mitgliedern, Informations- und Gesprächsrunden an.

Bereits seit 2019 hatte der SBB alle Beamtinnen und Beamten seiner Mitgliedsgewerkschaften aufgrund der Entwicklung der Rechtsprechung jährlich zu Widersprüchen gegen die gewährte Besoldung aufgerufen. Dies ist wichtig, damit mögliche Änderungen der gesetzlichen Regelungen aufgrund der Rechtsprechung auch für rückwirkende Zeiträume bei unseren Kolleginnen und Kollegen Berücksichtigung finden konnten.

3.3. Gespräche zur Umsetzung der Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung in Sachsen

Im Nachgang zu den wegweisenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nahm der SBB zeitnah Kontakt mit dem Sächsischen Staatsminister der Finanzen (SMF) auf, um zur Umsetzung dieser Beschlüsse und dem damit nötigen weiteren Vorgehen ins Gespräch zu kommen.

Leider sehr zeitverzögert fanden erst 2021 erste Gespräche zwischen dem SMF und den Spitzenverbänden der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Sachsen statt. Auch der weitere Fortlauf der Gespräche verzögerte sich durch mehrere Terminabsagen und -verschiebungen seitens des SMF.

Für den SBB nahmen die Landesvorsitzende Nannette Seidler, sowie deren Stellvertreterin und Vorsitzende der Grundsatzkommission Beamtenrecht Karen Siwonja an allen Gesprächen teil.

Die Gesprächsrunden wurden durch das SMF jeweils vom Sächsischen Staatsminister der Finanzen Hartmut Vorjohann sowie vom Amtschef des SMF Dirk Diedrichs geleitet. Sie wurden durch weitere Vertreterinnen und Vertreter des Hauses SMF unterstützt.

Zu Beginn der Beratungen stand die Sichtung und Beurteilung von umfangreichem Zahlenmaterial im Raum. So wurden die beiden „Musterfamilien“ in Grundversor-

gung und Beamtenbesoldung in Sachsen jeweils sehr explizit in Bezug auf die zur Verfügung stehende Zahlungen und Leistungen verglichen. Es musste geklärt werden, ob die Besoldung den vom Bundesverfassungsgericht geforderten Mindestabstand von 15 Prozent zur Grundsicherung aufweist.

An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass komplette A4-Ordner mit erhobenen Daten und Zahlen ausgewertet, hinterfragt und erklärt wurden. Dies zeigt, dass die aufgeworfene Problematik keinesfalls eine leichte war.

Nach der Auswertung des Zahlenmaterials stand schnell fest, dass der geforderte Mindestabstand in Sachsen deutlich unterschritten war und hier durch den Gesetzgeber zwingend nachgebessert werden musste.

Die im Raum stehende Frage war letztlich: Welchen Weg sollte man zur Neuregelung einschlagen?

In weiteren Gesprächen wurden schließlich Stück für Stück Lösungsvorschläge durch das SMF vorgestellt.

Dabei beschränkt sich die Lösung neben der Streichung der Besoldungsgruppe A4 vor allem auf die Anhebung von Beihilfebemessungssätzen für den Beamten, seinen Ehepartner und die Kinder.

Dies wurde durch den SBB von Beginn an kritisch gesehen.

Unstrittig war hingegen, dass die unzureichende Besoldung für kinderreiche Beamte durch Anpassung der Kinderzulage erfolgen soll.

In den durchgeführten Beratungen haben die Vertreterinnen des SBB immer wieder deutlich gemacht, dass die vorgelegten Zahlen und Berechnungsmodelle mathematisch stimmig und nachvollziehbar seien. Gleichzeitig wurde jedoch immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Beurteilung der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen schwieriger und wohl nur über einzuholenden Expertenrat erfolgen könne.

Die Landesleitung des SBB hatte deshalb schon nach den ersten Gedankenaustauschen zur Thematik beschlossen, sich durch einen anerkannten Verfassungsrechtler im Verfahren begleiten zu lassen.

So wurde mit Herrn Prof. Dr. Dr. Battis eine entsprechende Vereinbarung geschlossen und er um eine Bewertung und Begutachtung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Vorschläge zur Neuregelung gebeten.

Sein Urteil zu den vorgelegten Vorschlägen fiel klar und mehr als deutlich aus: Sie sind verfassungswidrig.

Der SBB sah sich danach nicht in der Lage, eine Vereinbarung mit dem Sächsischen Finanzministerium zu unterzeichnen, in dem die vorgelegten Vorschläge vom SBB nicht nur vollinhaltlich mitgetragen, sondern im Ergebnis auch auf mögliche Rechtsmittel und sogar rechtliche Beratung seiner Mitglieder verzichtet werden sollte. Für den SBB als gewerkschaftlichem Dachverband und Interessenvertreter für seine Mitglieder war eine solche Regelung nicht verhandelbar.

Dies führte dazu, dass der Finanzminister die Gespräche mit den Gewerkschaften im März 2022 ergebnislos abbrach.

Versuche, den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen, scheiterten leider.

Zwischenzeitlich wurde ein Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in den Sächsischen Landtag eingebracht, der sich nur unwesentlich von den im Frühjahr 2022 vorgelegten Vorschlägen des Finanzministers unterscheidet. Eine Behandlung und Beschlussfassung im Sächsischen Landtag steht jedoch aktuell noch aus.



Nannette Seidler und Alexander Krauß



Blick in die Runde zum Parlamentarischen Abend 2022



Plenum zum Kongress „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ 2022

3.4. Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes des Landes Sachsen - Studie

Zu Beginn des Berichtszeitraumes verstärkte sich der Eindruck bei der Landesleitung, dass der Umgangston, ja dass, das Verhalten insgesamt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, eine deutlich schlechtere Dimension angenommen hatte. Um diesen Eindruck mit Fakten zu belegen, beschlossen wir eine Studie in Auftrag zu geben, um die Situation unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu hinterfragen und aufzubereiten.

Gemeinsam mit der Fachkommission Sicherheit machte sich der SBB daraufhin auf den Weg, einen geeigneten Partner für diese Untersuchung zu finden. Im Ergebnis wurde Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg von der Professur für Kriminologie der Justus-Liebig-Universität Gießen mit ihrem Team mit der Durchführung der Studie beauftragt.

Nach intensiven Absprachen, Vorbereitungen und einer ausführlichen datenschutzrechtlichen Prüfung durch den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wurde im Zeitraum 23. Juni bis 30. September 2021 eine Online-Befragung bei den im SBB Gewerkschaften organisierten Beschäftigten durchgeführt.

Die Studie hatte das Ziel, Ausmaß und Häufigkeit der Betroffenheit von Gewalt und Aggression im dienstlichen Kontext zu erheben. Die, von Anfang an in ihren Ergebnissen nicht repräsentativ angelegte Studie, sollte damit einen ersten Eindruck von Gewaltbetroffenheit erbringen und Tendenzen bzw. besondere Betroffenheiten in einzelnen Berufsgruppen darstellen.

Da sich nach Planung der Studie bis zu deren Durchführung die Bedingungen der Beschäftigten durch pandemiebedingte Änderungen im Arbeitsumfeld ergeben hatten, wurden ergänzende



Prof. Dr. Bannenberg stellt die Ergebnisse der Studie zum Kongress vor

Fragen zu Erfahrungen während der Pandemie ergänzt.

An der Studie beteiligten sich 1909 Personen, wobei 1548 Datensätze verwertbar und auswertbar waren.

Die Ergebnisse bestätigten den der Studie zugrunde liegenden Eindruck, dass Aggressions- und Gewalterfahrungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen zu verzeichnen sind. Durch die Corona-Pandemie hatten sich diese Erfahrungen geändert, waren aber dennoch präsent.

Für die Landesleitung des SBB war klar, dass hier Gesprächs- und Handlungsbedarfe entstanden sind.

3.5. Gewalt gegen Beschäftigte - Kongress

Die Vorstellung der Ergebnisse der Studie erfolgte auf dem gleichnamigen Kongress am 9. Mai 2022 in Dresden.

Zwar war seit der Erstellung der Ergebnisse bereits einige Zeit vergangen, die Landesleitung hatte sich aber dazu entschlossen, unbedingt einen Termin in Präsenz zur Vorstellung der Studie zu planen. Dies sollte einen möglichst breiten Teilnehmerkreis und eine vielfältige Debatte zum Thema ermöglichen.

Auf dem Kongress stellte Frau Prof. Dr. Bannenberg die Studie den Teilnehmenden vor und wies auf zentrale Punkte und besonders beachtenswerte Ergebnisse hin.

Besonders hervorzuheben ist, dass der überwiegende Teil der Beschäftigten (70,5 %) in seinem Berufsleben bereits Erfahrungen mit mindestens verbalen Beleidigungen machen musste, rund 35 % der Teilnehmenden mit verbaler und körperlicher Bedrohung. Knapp 10 % berichteten von sexuellen Belästigungen/Angriffen.

Während des Kongresses kam ein Vertre-

ter des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zu Wort, welcher die Strategien seiner Behörde im Umgang mit Bedrohungen und Gewalttaten schilderte. Lehrkräfte waren in der Studie mit einer großen Beteiligungs- aber auch Betroffenheitsquote vertreten.

Von großem Interesse für die Teilnehmenden war auch der Beitrag des Vertreters aus dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung. Hier wurde insbesondere hinterfragt, wie der Freistaat Sachsen mit gemeldeten und zu verfolgenden Straftaten umgehe. Die klare Erwartungshaltung von SBB heißt hier: Null Toleranz.

Weitere Redebeiträge kamen von Betroffenen aus dem Lehrerbereich und der kommunalen Verwaltung. Beide Beiträge machten deutlich, dass Studien und Statistiken den Sachstand zwar korrekt darstellen, persönliche Betroffenheit jedoch nie vollständig abbilden können. Im Nachgang erfolgte ein sehr reger und interessierter Austausch zwischen allen Teilnehmenden des Kongresses.

Für den SBB, als gewerkschaftliche Interessenvertretung, war insbesondere und sehr negativ herauszuheben, dass 51,5 % der Befragten angaben, von ihrer Behörde/ihrem Arbeitgeber nicht ausreichend Schutz vor Bedrohung und Gewalt geboten zu bekommen.

Hieraus formulierte sich ein klarer Auftrag für ein weiteres Tätigwerden des SBB.

Die ausführlichen Ergebnisse der Studie wurden im Dezember 2021 schriftlich vorgelegt. Der SBB hat diese als Broschüre gedruckt, welche im Nachgang von Mitgliedern und Interessierten abgerufen werden konnte.

3.6. Gewalt gegen Beschäftigte - weitere Gespräche

Dem Inhalt der Studie und dem im Rahmen des Kongresses formulierten Auftrag folgend, strebte der SBB Gespräche zur Thematik „Gewalt gegen Beschäftigte“ mit den Ressorts der Sächsischen Staatsregierung an.

Ziel war es, ein aktuelles Lagebild zu entsprechenden Vorfällen und dazu vorliegenden Statistiken und Verwaltungs- und Verhaltensanweisungen in den einzelnen Bereichen zu erhalten. Aus Sicht des SBB war und ist es notwendig, ein ressortübergreifendes, einheitliches elektronisches Erfassungssystem von derartigen Vorkommnissen zu schaffen und damit eine jederzeit aktuelle Datenlage zu erlangen. Nur so können Entwicklungen und Tendenzen erkannt und im Bedarf entsprechend gegen gewirkt werden.

Wichtig war vor allem, für die Thematik zu sensibilisieren und zu erreichen, dass das Thema Gewalt gegen Beschäftigte in regelmäßige Besprechungen und in die psychische Gefährdungsbeurteilung im Rahmen des Arbeitsschutzes aufgenommen wird. Ein Ignorieren oder Verschweigen von entsprechenden Vorfällen ist nicht akzeptabel.



Gespräch mit Vertretern der Staatskanzlei zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst“. Staatssekretär Prof. Thomas Popp und Referentin Katrin Morgenstern mit Landesvorsitzende Nannette Seidler und Vorsitzender der FK Sicherheit Michael Welz.



SBB
Beamtenbund
und Tarifunion
Sachsen



Abschlussbericht

Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst des Landes Sachsen

Nicht repräsentative Befragung Juni – September 2021

Eine Studie im Auftrag des SBB
(Beamtenbund und Tarifunion) Sachsen

Prof. Dr. Britta Bannenberg
Frederik Herden
Tim Pfeiffer

Gießen, im Dezember 2021






Staatssekretär Sebastian Vogel (SMS) und Nannette Seidler im Gespräch.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Gespräche durch die Landesvorsitzende und den Vorsitzenden der Fachkommission Sicherheit und den Verantwortung Tragenden in Politik und Verwaltung geführt:

- am 22. August 2022 mit Staatsminister Christian Piwarz im SMK
- am 22. August 2022 mit Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Christian Hartmann MdL
- am 23. August 2022 mit Staatssekretär Sebastian Vogel im SMS
- am 23. September 2022 mit Staatssekretär Mathias Weilandt im SMJus DEG
- am 29. September 2022 mit Staatssekretär Prof. Thomas Popp in der Sächsischen Staatskanzlei
- am 12. Januar 2023 mit Staatssekretärin Gisela Reetz im SMEKUL

Weitere Gespräche sind vorgesehen.

Positiv hervorzuheben ist, dass alle Gesprächspartner die Bedeutung der Thematik und die Notwendigkeit einer Betrachtung sahen. Einigkeit bestand in jedem Austausch, dass Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, als Vertreterinnen und Vertreter des Freistaates nicht hinnehmbar ist.

Nur mit einer bewussten Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema kann eine Änderung in der Wahrnehmung der Beschäftigten und in der Öffentlichkeit herbeigeführt werden.

3.7. Der Freistaat Sachsen im Krisenmodus - Initiativen des SBB

Gerade in der Pandemie haben unsere Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes erneut bewiesen, dass sie unter schwierigen Bedingungen engagiert und hoch motiviert ihre Aufgaben erfüllen, dass auf sie Verlass ist. Unter erschwerten Umständen und fast unbemerkt „lief der Staat“ weiter. Die Behörden und die Verwaltungen arbeiteten in Sachsen gewohnt effizient und leistungsstark.

Unser Motto: „Wir machen Staat“ könnte deshalb erweitert werden auf:

„Wir können Krise“.

Und die nächste Notlage folgte leider recht schnell.

Nach der pandemischen Lage hatte der russische Angriffskrieg mit all seinen Folgen unser Leben und Erleben verändert. Die direkten Folgen waren unter anderem eine Gas- und Energiekrise, Kostenexplosionen und eine Inflation auf zweistelligem Niveau.

Verwundert mussten wir in dieser Zeit zur Kenntnis nehmen, wie die Sächsische Staatsregierung in dieser Situation mit ihren Beschäftigten umging.

Treibstoffpreise von deutlich über 2,00 Euro pro Liter waren für alle Bürgerinnen und Bürger eine enorme Belastung. Für die Beschäftigten des Freistaates, die auf die Nutzung ihres privaten Kfz zum Beispiel im Außendienst zwingend angewiesen waren, galt dies aber umso mehr.

Ein Ausweichen auf das von der Bundesregierung initiierte 9-Euro-Ticket war für diese Kolleginnen und Kollegen unmöglich.

Obwohl das derzeit geltende Sächsische Reisekostengesetz mit § 17 eine Vorschrift enthielt, wonach das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt wird, durch Rechtsverordnung die Höhe der erstattungsfähigen Aufwendungen festzulegen und den veränderten wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen anzupassen, passierte monatelang nichts. Und dies, obwohl der SBB bereits im März 2022 gefordert hatte, die Dienstreisenden der öffentlichen Verwaltung, die tagtäglich den Freistaat engagiert und motiviert vertreten und wichtige Aufgaben für das Gemeinwohl, für uns alle erfüllen, nicht allein zu lassen.

Auch der in 2022 vorgelegte Gesetzentwurf zur Novellierung des Sächsischen Reisekostengesetzes (SächsRKG) nahm hierauf keinen Bezug, sondern sollte lediglich die bereits in 2019 im Rahmen der Wertschätzungsinitiative angeregten Erhöhungen abbilden. Die Situation der hohen Treibstoffpreise, der gestiegenen Kfz-Kosten findet dabei keine Berücksichtigung, ja noch nicht einmal Erwähnung in der Begründung. Für den SBB und seine Mitglieder eine nicht hinnehmbare Situation.

Aufgrund der rasant gestiegenen Energiekosten schnürte die Bundesregierung verschiedene Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger.

So wurde im September 2022 das dritte Maßnahmenpaket des Bundeskabinetts beschlossen, welches unter anderem die Zahlung einer Energiepreispauschale i.H.v. 300 Euro für Rentnerinnen und Rentner vorsah.

Auch hier haben wir als SBB direkt darauf hingewiesen, dass wegen der Zuständigkeiten im föderalen System in Deutschland der Bund zwar eine Entlastung für alle Rentnerinnen und Rentner, nicht aber für die Ruhestandsbeamtinnen und -beamten in den Ländern regeln konnte. Der Freistaat Sachsen war deshalb hier in der Pflicht.

Erst auf Drängen des SBB begann hier Ende Februar 2023, im Vorgriff auf eine zwischenzeitlich vorgesehene gesetzliche Regelung, die Auszahlung der Energiepreispauschale an die sächsischen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Diese Beispiele mangelnder Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten konnten und wollten weder der SBB noch seine Mitgliedsgewerkschaften so akzeptieren. Wurden Beschäftigte des öffentlichen Dienstes schon wieder einmal nur als Kostenfaktor gesehen?

Am 17. Januar 2023 luden wir deshalb all unsere Mitglieder und Freunde, aber auch Verantwortung Tragende aus Politik und Verwaltung, im Dresdner Regierungscampus zu einem Gespräch und einer heißen Suppe ein.

Unter dem Motto „Heiße Suppe statt leerer Worte“ machten wir erneut auf die genannten Defizite aufmerksam. Dort geführte Unterhaltungen mit Kolleginnen und Kollegen machten deutlich, wie enttäuschend und demotivierend diese fehlende Wertschätzung wirkt. Die geführten Gespräche zeigten zudem, dass wir auch mit diesem Austauschangebot auf dem richtigen Weg waren und sind.



Aufbau Suppenaktion im Januar 2023



4. Tarifverhandlungen

4.1. Die jährlichen Einkommensrunden

Essenziell für die Arbeit des SBB waren und sind die jährlichen Einkommensrunden. In meist zweijährigen Abständen verhandelt unser Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion abwechselnd mit den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes der Länder bzw. den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen über die Teilhabe und Weiterentwicklung seiner Beschäftigten an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung

Der SBB war durch seine Landesvorsitzende als stimmberechtigtes Mitglied in der Bundestarifkommission vertreten. Ebenso nahm der stellv. Landesvorsitzende und Vorsitzende der Tarifkommission Steffen Winkler an den Sitzungen der Bundestarifkommission teil.

Auch wenn der SBB die Tarifverhandlungen nicht selbst führt, so ist es doch gute Tradition, die Forderungen des dbb zu unterstützen und die Verhandlungen der Einkommensrunden mit Aktionen, Kundgebungen und weiteren Veranstaltungen zu begleiten.

Durch die Folgen und Einschränkungen der Pandemie war es in diesem Berichtszeitraum erstmals nicht möglich, große öffentlichkeits- und medienwirksame Aktionen und Kundgebungen durchzuführen. Selbst geplante kleinere Aktionen mussten kurzfristig abgesagt werden, um behördliche Auflagen zu erfüllen und insbesondere die Gesundheit der teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen nicht zu gefährden.

Der SBB konnte damit völlig neue Formate des Arbeitskampfes, wie den Online-Streik, kennenlernen und begleiten.

Zu Einzelheiten sei hier auf den Bericht der Tarifkommission verwiesen.

Wichtig ist es jedoch zu erwähnen, dass Einkommensrunden für den SBB nie nur Tarifrunden waren. Es war uns immer wichtig von Anfang an klarzustellen, dass die erreichten Ergebnisse im Tarifbereich anschließend auch zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenschaft übertragen werden müssten. An Aktionen nahmen deshalb gleichermaßen Tarifbeschäftigte und Beamte teil. Dies zeigt unser Selbstverständnis als SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen.

In den Bemühungen um diesen Grundsatz mussten wir im Berichtszeitraum leider wieder einen Schritt zurückgehen.

Die am 29. November 2021 durch die Tarifpartner vereinbarte Erhöhung der Entgelte nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) zum 1. Dezember 2022 um 2,8 % ließ in der Umsetzung auf den Beamtenbereich in Sachsen lange auf sich warten. Während alle anderen Bundesländer die Zeit nutzten, um dieses Ergebnis auf die Beamtenschaft zu übertragen, hatte der Freistaat Sachsen auch ein Jahr später, also dem eigentlichen Umsetzungstermin, noch nichts geregelt.

Die zum 1. Dezember 2022 rückwirkend erfolgte Zahlung wurde erst mit den Bezügen für März 2023 und im Vorgriff auf ein bis dahin noch nicht einmal beschlossenes Gesetz gezahlt.

Das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten im Freistaat Sachsen zu ihrem Dienstherrn wurde dadurch auf eine harte Probe gestellt und erneut nachhaltig beeinträchtigt.

4.2. Tarifausschuss beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Ab September 2019 begann die achte vierjährige Amtsperiode des Tarifausschusses. Für den SBB übernahm erneut der stellvertretende Landesvorsitzende Klaus-Peter Schölzke diese Funktion. Damit konnte der SBB seine Expertise einbringen und Verantwortung als gewerkschaftlicher Spitzenverband übernehmen, wenn es um Empfehlungen zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in Sachsen geht.

4.3. Bericht über die privatisierten Bereiche

Bei öffentlichen Ausschreibungen gehört Sachsen neben Bayern noch immer zu den einzigen zwei Bundesländern, die keine Schutzmechanismen für Beschäftigte, wie Tariftreueregelungen, festgelegt haben.

Ziel des SBB war es deshalb auch in dieser Legislaturperiode, in das Sächsische Vergabegesetz Schutzregelungen aufzunehmen, welche die Arbeitsplätze vor Lohndumping bei Ausschreibungen schützen. Eine Änderung konnte aber im Berichtszeitraum erneut nicht erreicht werden.

Zahlreiche Tarifrunden wurden auch im privatisierten Bereich durch den SBB in Sachsen begleitet und unterstützt.



Demo Leipzig 2019



SLV Demo 2022 vorm Landtag

5. Fachkräfteallianz Sachsen

Mit Gründung dieser Fachkräfteallianz (FKA) im Jahr 2015 ist der SBB Mitglied in diesem Gremium. Die FKA steht unter dem Vorsitz des Staatssekretärs für Arbeit, EU-Strukturfonds und Beauftragter der Staatsregierung für Digitales beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA).

Seit der inhaltlichen und organisatorischen Neuaufstellung der Fachkräfteallianz im Jahr 2020 bringt sich der SBB mit einem Sitz im Steuerungsgremium, aber auch in den Arbeitsgruppen, in die strategische und inhaltliche Arbeit ein. In die Arbeitsgruppen wurden jeweils Mitglieder der Landesleitung entsandt.

Die Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit folgenden Themen:

- Fachkräfte individuell ausbilden
- Fachkräfte gezielt rekrutieren
- Potenziale nutzen
- Fachkräfte binden

Die Landesleitung hat regelmäßig in den Sitzungen des Landesvorstandes über die Arbeit und die Themen der Fachkräfteallianz informiert und zu den Themen Ideen und Vorschläge erbeten und erarbeitet.

Für den SBB war und ist es besonders wichtig, bei allen diskutierten Themen auch auf die Betroffenheiten des gesamten öffentlichen Dienstes hinzuweisen, um dem Nachwuchs- und Fachkräftemangel geeignete Konzepte entgegenzusetzen.



Tamara H.
Krankenpflegerin

6. Der SBB als Landesbund des dbb beamtenbund und tarifunion

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen ist als einer der 16 Landesbünde fester Bestandteil der „DBB Familie“.

Den politischen Auftakt eines jeden Jahres bildet traditionell die dbb Jahrestagung in Köln. Durch die pandemiebedingten Beschränkungen konnte die Jahrestagung in den Jahren 2021 und 2022 nur in einem digitalen Format im Livestream stattfinden. Gleichwohl war der SBB immer mit Vertretern seiner Landesleitung und der Querschnittsvertretungen vertreten.

Die Vernetzung mit unserem Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) erfolgte im Berichtszeitraum auf vielfältigen Wegen und war sowohl für die Arbeit der Landesleitung des SBB als auch für die Mitgliedsgewerkschaften und Einzelmitglieder spürbar und von hohem Wert.

Besonders hervorzuheben ist die Unterstützung der Mandatsträger und Mitarbeiter des dbb bei konkreten Anliegen und Anfragen.

So berät uns der dbb regelmäßig bei Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben in Sachsen. In Einzelfragen, bei Seminaren, Gesprächen mit Politik und Verwaltung konnte der SBB stets auf die Kompetenz und tatkräftige Unterstützung des dbb zählen.

Die Vorsitzende des SBB war gesetztes Mitglied im Bundesvorstand und Bundeshauptvorstand des dbb. Sie nahm daher an den Sitzungen dieser Gremien teil. Die Themen und Diskussionen in den Gremien des dbb sind essenziell für die Arbeit des SBB.

Der Blick auf die politischen Aktivitäten auf Bundesebene ermöglichte uns als SBB einen vergleichenden und wertenden Blick auf das Geschehen in Sachsen. Da zentrale Fragen, wie Tarifverhandlungen oder Fragen zum Beamtenstatus in der Zuständigkeit des Bundesverbandes dbb lagen, war eine regelmäßige Erörterung zu aktuellen Fragen für beide Seiten notwendig und hilfreich.

Die vom dbb ins Leben gerufenen und koordinierten Kommissionen und Fachgruppen beschäftigten sich kompetent mit den jeweils zu beratenden Aufgaben. Die Vorsitzende des SBB war ordentliches Mitglied in der Kommission Personalvertretungsrecht sowie Soziales.

Die im Ergebnis dieser Arbeit des dbb veranstalteten Fach-Foren und Kongresse waren, auch soweit sie nur digital stattfanden, stets hochkarätig besetzt und wurden auch von Teilnehmenden aus Sachsen besucht.

Wichtiges Gremium für den Austausch zu inhaltlichen Themen war die Teilnahme an den Sitzungen und Besprechungen der dbb Landesbünde. Neben vielen praktischen Fragen war hier vor allem die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Varianten der Umsetzung der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts eine wertvolle Unterstützung unserer Arbeit.

Ein bedeutender Termin, auch für den SBB, war der Gewerkschaftstag des dbb im November 2022. Eine besondere Wertschätzung bekam der SBB hier dadurch, dass unsere Landesvorsitzende die Leitung des dbb Gewerkschaftstages im Präsidium tatkräftig unterstützen durfte.

Neben der Neuwahl der Bundesleitung war vor allem die strategische Ausrichtung

des dbb für die nächsten fünf Jahre Thema des Gewerkschaftstages. Dazu wurden rund 900 Anträge eingereicht, besprochen und beschlossen. Auch der SBB hat hier Anträge eingereicht zu Schwerpunkten, die im dbb und damit auf Bundesebene bearbeitet werden müssen.

Viele Themen des dbb spiegeln Anfragen oder Themen des SBB wider. In diesen und vielen weiteren Inhalten soll daher direkt auf den im November 2022 vorgelegten Geschäftsbericht des dbb verwiesen werden.

Der SBB ist froh, einen solch starken Partner an seiner Seite zu haben.



SBB beim dbb GWT 2022



Landesvorsitzende Nannette Seidler in der Verhandlungsleitung beim dbb GWT



Jasmin M.
Finanzbeamtin



7. 30 Jahre SBB – unser Gewerkschaftswald

Am 6. April 2021 jährte sich die Geburtsstunde des SBB in Dresden als Landesbund des dbb zum 30. Mal. Dies wäre normalerweise ein guter Grund gewesen, um eine Feier mit vielen Gästen aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften durchzuführen.

Leider ließen die pandemiebedingten Einschränkungen eine solche Geburtstagsfeier nicht zu und die Landesleitung entwickelte eine angemessene Alternative.

Um mit den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus dem SBB Landesvorstand trotz der persönlichen Begegnungssperre diesen Tag nicht ganz zu unterschlagen, übersandten wir allen Mitgliedern zur digitalen Sitzung eine „Geburtstagsfeier-Grundausrüstung to go“. So konnte der 30. Geburtstag des gewerkschaftlichen Dachverbandes, an verschiedenen Orten gemeinsam gefeiert werden

Zugleich entschied sich der SBB, sich statt Blumen und freundlicher Worte einen eigenen Wald wachsen zu lassen,

einen „SBB Gewerkschaftswald“.

Gemeinsam mit der Stiftung Wald für Sachsen baten wir sowohl unsere Mitgliedsgewerkschaften, als auch die Einzelmitglieder, sich an der Aktion zu beteiligen, um unseren Gewerkschaftswald zu pflanzen und damit Sachsen ein kleines bisschen grüner zu machen.

Ziel war es, so viele junge Bäume wie möglich zu erwerben und diese dann in einer gemeinsamen Aktion in die Erde zu bringen.

Im Ergebnis unserer Spendensammlung kam Geld für 1800 Bäume zusammen, die am 5. November 2022 von rund 30 Einzelmitgliedern im Stadtwald in Eilenburg gemeinsam gepflanzt wurden.

Damit haben wir bewiesen, dass gemeinsames gewerkschaftliches Engagement im Ehrenamt nicht nur unser Arbeitsumfeld besser machen kann, sondern Zukunft insgesamt.

Der SBB und seine Mitglieder sind nun stolze Paten eines Gewerkschaftswaldes, bestehend aus insgesamt 900 Rotkeichen, 300 Vogelkirschen, 300 Esskastanien und 300 Bergahorn.



Gewerkschafter pflanzen den SBB Gewerkschaftswald





8. Teilnahme am „Tag der Sachsen“

Die Teilnahme am Tag der Sachsen war und ist für den SBB ein fest geplanter Termin. Traditionell steht das große Festzelt des SBB an zentraler Stelle in der Ausrichterstadt und hält interessante und vielfältige Informationen zur dienstlichen und gewerkschaftlichen Arbeit der Teilnehmenden bereit. Beliebt sind auch die vielfältigen Aktionen, mit denen die Fachgewerkschaften ihre speziellen Bereiche im öffentlichen Dienst oder dessen privatisierten Bereiche vorstellen. So wird im und rund ums Zelt des SBB regelmäßig gemessen, gewogen, gesägt, gebastelt und gerätselt.

Pandemiebedingt konnte der Tag der Sachsen im Berichtszeitraum nur zweimal stattfinden.

Die Ausrichterstädte waren:

- 2018 in Torgau
- 2019 in Riesa

In den Jahren 2020, 2021 und 2022 musste Sachsens größtes Volksfest leider pausieren.

Für die Teilnehmenden aus den SBB Gremien, Querschnittsvertretungen und Gewerkschaften waren die durchgeführten Tage der Sachsen eine erfolgreiche Präsentation des eigenen Arbeitens und gute Gelegenheit, mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit Verantwortung Tragenden aus Politik und Verwaltung ins Gespräch zu kommen.

So begrüßte der SBB in seinem großen Festzelt regelmäßig den Sächsischen Ministerpräsidenten, den Landtagspräsidenten, Mitglieder des Sächsischen Kabinetts und des Sächsischen Landtages sowie zahlreiche Behördenleiter und Behördenleiterinnen.

Und natürlich und allen voran waren unsere Mitglieder der SBB Mitgliedergewerkschaften immer gern gesehene Gäste unserer Präsentationen.

Die pandemiebedingte Veranstaltungsunterbrechung nutzte das Kuratorium „Tag der Sachsen“, um die bisherige und zukünftige Organisation und Durchführung des Volksfestes kritisch zu hinterfragen und über ggf. notwendige Veränderungen zu beraten. In diesem kreativen Prozess war auch der SBB durch seine Teilnahme in Workshops und Arbeitsgruppen vertreten.

Auch der SBB hat die volksfestfreie Zeit genutzt, um seine Teilnahme und Präsentation zum Tag der Sachsen zu evaluieren und neue Ideen zu entwickeln. Die Entscheidung, weiter aktiv vertreten zu sein, stand hierbei jedoch außer Frage.

Der Start zum Tag der Sachsen bildete für den SBB traditionell das Fußballspiel FC Landtag gegen den FC Beamtenbund, bei dem der Ehrenstoß immer regelmäßig von prominenter politischer Stelle übernommen wurde.

Leidenschaftlich haben alle Hobby-Fußballer gekämpft. Dies und natürlich die Tatsache, dass der Pokal seit 2018 in Besitz des SBB ist, machten unsere Teilnahme an diesem Turnier zu etwas ganz Besonderem.

Ergebnisse der Traditionsspiele

	FC Landtag	-	FC Beamtenbund
2018	1	:	7
2019	0	:	5

Im Präsidium und im Kuratorium zum „Tag der Sachsen“ vertrat der stellvertretende Vorsitzende Norbert Bullmann den SBB.





Laura K.
Feuerwehrfrau
mit Rettungshund
Odin

9. SBB Kommunikation

Gutes zu tun, darüber zu berichten und vor allem auch Diskussionen und Ideenfindungen zu allen Themen anzuregen gehörte zu den grundsätzlichen Anforderungen gewerkschaftlichen Handelns im SBB.

Mit der modern gestalteten Website und dem dbb regionalmagazin startete der aktuelle Berichtszeitraum. Zudem gab es das Instrument der Pressemitteilungen.

Kurz vor Beginn des Berichtszeitraums erweiterte der SBB seine Medienpräsenz zudem um die Nutzung von Facebook und Instagram, um auf kurzem Weg aktuelle Informationen an Interessierte geben zu können.

Kommunikation rückt aktuell immer mehr in das Zentrum allen Tuns. Das gilt auch für den SBB und galt es vor allem in den letzten Jahren.

Die Pandemie mit ihren Kontaktbeschränkungen, die einen persönlichen Austausch, eine Diskussion zu aktuellen Themen nahezu unmöglich machte, zeigte dem SBB deutlich die Grenzen der bis dahin genutzten Möglichkeiten auf.

Es galt also zu hinterfragen und neue Wege zu gehen.

Im Sommer 2020 hatte sich die Landesleitung auf den Weg gemacht, um eine Kommunikationsanalyse für den SBB in Auftrag zu geben. Es stand die Frage im Raum, ob wir mit den bis dahin genutzten Möglichkeiten unsere Botschaften zielgenau an unsere Empfänger bringen konnten. Woran lag es, dass einzelne Botschaften unterwegs zu verschwinden schienen oder nicht wahrgenommen wurden?

Im September 2020 startete die Analyse unserer Kommunikationswege, welche unabhängig und professionell kritisch prüfen und im Ergebnis Handlungsfelder aufzeigen sollte. Begleitet wurde die Medienanalyse durch eine Befragung innerhalb der Landesleitung, die ebenfalls von der Agentur ausgewertet wurde. So sollten Selbst- und Fremdeinschätzung gegenübergestellt werden.

Sechs Monate später konnten der Landesleitung und dem Landesvorstand die Ergebnisse vorgestellt werden. Viele Anregungen wurden im Ergebnis angepackt und neue Ideen umgesetzt.

In einer Reihe von begleitenden Seminaren griff der SBB die Themen auf und schulte Medienverantwortliche zur Gestaltung von Websites, Newslettern und Sozialen Medien. Textwerkstätten waren dabei ebenso im Angebot, wie optische Gestaltungsmöglichkeiten.

Der SBB hat die Instrumente seiner Medienarbeit im Ergebnis nur geringfügig angepasst, sich aber inhaltlich weiterentwickelt.

Die Positionierung des SBB, in den verschiedensten Medien als kompetenter und zuverlässiger Ansprechpartner wahrgenommen zu werden, der die Interessen seiner Mitgliedsgewerkschaften professionell unterstützt und vorantreibt, war und ist uns ein wichtiges Anliegen.

Kommunikationsmedien des SBB

Pressemitteilungen

Die Pressemitteilung ist das Instrument unserer Medienarbeit, um Themen in der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. So hat der SBB auch im Berichtszeitraum zahlreiche Pressemitteilungen erstellt. Mit einigen unserer Meldungen konnten wir uns in der Öffentlichkeit mit Hilfe von Tageszeitungen, Funk und Fernsehen präsentieren.

Unabhängig von erstellten Pressemitteilungen erreichten uns immer wieder Presseanfragen und so gaben wir Interviews oder übersandten Statements an Medienvertreter. In sehr konkreten Anfragen konnten wir diese direkt an kompetente Vertreter unserer Mitgliedsgewerkschaften oder beim dbb weitergeben.

dbb regionalmagazin

Gemeinsam mit dem dbb verlag erschien das dbb regionalmagazin wie gewohnt zehnmal im Jahr. Für den Berichtszeitraum macht das 50 Ausgaben.

Die Themen im dbb regionalmagazin waren vielseitig. Sie reichten von Berichterstattungen zu aktuellen Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts, über Veranstaltungsreportagen und Mitgliederinformationen.

Die veranstaltungsarme Zeit während der Pandemie wurde genutzt, um das Selbstverständnis als Gewerkschafterin und Gewerkschafter näher zu beleuchten. Welche Werte beeinflussen unsere Arbeit? Was treibt uns an, uns im Ehrenamt zu engagieren?

Auch die knapp 40 Mitgliedsgewerkschaften im SBB nutzten gern und oft die Möglichkeit, eigene Berichte aus ihren Fachbereichen zu präsentieren.

Website

Die erst 2016 neu gestaltete Website wurde nach den Hinweisen der erfolgten Medienanalyse noch einmal kritisch analysiert und einiges angepasst. So wurden Farben angeglichen, das „Wording“ vereinheitlicht und einige Inhalte für unsere Mitglieder besser auffindbar gemacht.

Zudem gibt es jetzt geschützte Bereiche, in denen Informationen für Mitglieder der Gremien kurzfristig abrufbar eingestellt werden können.

Wichtig war und ist uns die Aktualität und Vielseitigkeit der veröffentlichten Informationen. Hier war es von Vorteil, dass ein Großteil der Neueinstellungen im SBB selbst vorgenommen werden konnte.

Mit der Website www.sbb.de hat der SBB eine moderne und informative Plattform zur Verfügung, die ständig ausgebaut und weiter aufgebaut wird.

Soziale Medien

Der SBB nutzte im Berichtszeitraum Facebook und Instagram und konnte hier steigende Nutzerzahlen verzeichnen. Gerade der Blick auf gerade laufende Veranstaltungen, der aktuelle Hinweis auf Neueinstellungen auf der Website und die Ankündigung von geplanten Zusammenkünften wurde durch diese Möglichkeiten verbessert und schneller möglich.

Klar war, dass nicht alle Mitglieder und am SBB Interessierte soziale Medien nutzen, so dass das Angebot immer nur ein ergänzendes und zusätzliches sein konnte.

Mit der Nutzung und Verbreitung der Beiträge in sozialen Medien war der SBB grundsätzlich zufrieden.





Sven S.
 Paketzusteller

10. Die Arbeit der Querschnittsvertretungen des SBB

10.1. Bericht der SBB Jugend

Die SBB Jugend hat es sich zum Ziel gesetzt, die gewerkschaftliche Jugend- und Nachwuchsarbeit zu fördern. Sie setzt sich aus den Jugendlichen der Mitglieds-gewerkschaft zusammen, die aus ihren Reihen eine Landesjugendleitung für einen Zeitraum von 5 Jahren wählen.

Gemeinsam mit den SBB Senioren führte die SBB Jugend am 24. Oktober 2018 eine Veranstaltung im Sächsischen Landtag durch. Unter dem Titel „Demografischer Wandel im öffentlichen Dienst - Herausforderung für Jung und Alt“ wurde mit Parlamentariern und Gewerkschaftern über Generationengerechtigkeit diskutiert. Zwei Tage später wurde in der internen Sitzung der Landesjugendleitung neu gewählt.

Die Vertreter der SBB Jugend starteten verschiedene Initiativen, um sich mit den jungen Mitgliedern der Mitglieds-gewerkschaften zu vernetzen. Mit der Postkartenaktion „Haben wir ein Date?“ wurden junge Kolleginnen und Kollegen persönlich angesprochen und um Äußerung ihrer Ideen und Wünsche zur Jugendarbeit gebeten. Zudem wurden Seminare besucht, Klausurtagungen durchgeführt und weitere Veranstaltungen geplant.

Ein großes Ziel der SBB Jugend war die Aufnahme in den Sächsischen Kinder- und Jugendring, welche im November 2019 erreicht wurde. Damit konnte und kann die SBB Jugend sich mit zahlreichen Jugendorganisationen in Sachsen vernetzen und interessante Veranstaltungen und Angebote des Sächsischen Kinder- und Jugendrings nutzen.

Im Dezember 2019 lud die SBB Jugend alle jugendlichen Mitglieder zu Vernetzungstreffen auf den Weihnachtsmärkten in Chemnitz, Leipzig und Dresden



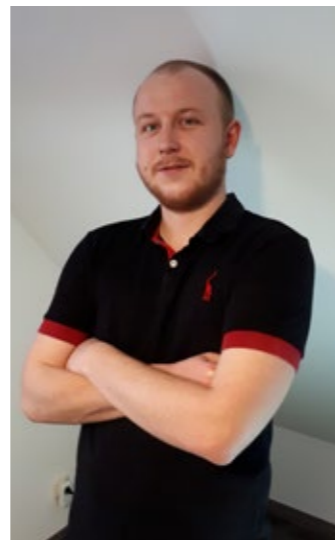
Landesjugendtag 2018



Landesjugendleitung ab 2020

ein. Auch ein Vertreter der dbb jugend und verschiedene Partner des SBB nahmen an den Treffen teil.

Ab Anfang 2020 stellte die Jugend ihre Treffen pandemiebedingt auf ein digitales Format um. Auch ein entworfenes Seminarangebot zum „Start in die gewerkschaftliche Jugendarbeit in Sachsen“ konnte nun nicht mehr stattfinden und wurde auf eine digitale Variante umgeplant. Leider konnte die Veranstaltung letztlich doch nicht durchgeführt werden.



Johannes Seidler
Vorsitzender der SBB Jugend

Zeitgleich wurden digitale Stammtische initiiert, wobei jeweils eine Frage die Diskussion eröffnen sollte. So gab es digitale Treffen zu den Themen: „Wie geht Arbeit in der JAV?“ und „Wie bleibe ich fit im HomeOffice?“.

Ebenso standen Austausche mit den dbb Jugendleitungen aus Hessen und Thüringen auf der Agenda.

Der SBB Jugend machte die Pandemie ganz besonders zu schaffen. Jugend will sich vernetzen, Jugend will etwas erleben. All das war durch die Kontaktbeschränkungen nicht möglich. Viele, bereits geplante Veranstaltungen mussten abgesagt werden.

Nach weiteren personellen Veränderungen übernahm im Jahr 2020 Johannes Seidler (GdS) den Vorsitz der SBB Jugend.

Bei Veranstaltungen des SBB, wie beim Tag der Sachsen oder dem Kongress zur Gewalt gegen Beschäftigte war die SBB Jugend regelmäßig vertreten und hat, soweit durchgeführt, den SBB auch bei den Tagen der offenen Tür in der HS Meißen vertreten.

Ebenso wurden Aktionen, wie die Baumpflanzaktion aktiv unterstützt.

Eine wichtige Veranstaltung, bei der die SBB Jugend vertreten war, war die jährliche Arbeitstagung sowie der Gewerkschaftstag des dbb. Neben anregendem Input der Vorträge stellte die Arbeitstagung eine Plattform dar, um mit anderen Mitglieds-gewerkschaften, Landesjugendverbänden sowie der Bundesjugendleitung ins Gespräch zu kommen.

10.2. Bericht der SBB Frauen

Am 8. November 2018 wurde auf dem sechsten Landesfrauenkongress in Dresden der neue Vorstand gewählt. Die Vorsitzende Tanja Teich (DSTG) wurde wiedergewählt. Ihre neu gewählten Stellvertreterinnen repräsentierten eine bunte Mischung der Mitglieder-gewerkschaften: Monika Dietz (VLFS), Tina Jentsch (LVBS, Rücktritt 2019), Margit Liebsch (DVG), Gerlind Steiner-Klaiber (BDZ) und Gabriele Stuhr (DSTG).

Seit diesem Kongress haben die SBB Frauen auch ihr erstes Ehrenmitglied Margot Sarink.

Arbeitsschwerpunkte

Im Berichtszeitraum begleiteten uns insbesondere folgende Themen:

- Modernisierung des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes
- Stärkung des Netzwerkes der SBB Frauenvertretung - Wie baue ich eine Frauenvertretung auf?
- Diskriminierungsfreies Fortkommen (Beurteilungs- und Beförderungssystem)
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z. B. Telearbeit, Teilzeitarbeit, Personalentwicklung, Beurlaubungszeiten und anschl. Wiedereinstieg)
- Gesundheitsmanagement
- Sicherheit am Arbeitsplatz
- Untersuchung der Wahlprogramme zur Sächsischen Landtagswahl im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit



Frauenpolitische Fachtagung 2019



Hauptversammlung 2021

- ▶ Ungleiche Verteilung der Belastungen durch Corona Pandemie
- ▶ Probleme und Hürden pflegen der Angehöriger

Insbesondere die Corona Pandemie zeigte uns erneut, dass die Sorgearbeit sehr ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt ist und es die Frauen sind, die die systemrelevanten Schlüsselrollen in unserer Gesellschaft innehaben.

Unsere Themen brachten wir beim Landesvorstand des SBB sowie in Gesprächen mit Politik und Verwaltung ein.

Im Netzwerk unterwegs

Der Vorstand der SBB Frauen traf sich zu

vielen Arbeitssitzungen, um die anstehenden Termine und Veranstaltungen vorzubereiten, Themen zu diskutieren und Schwerpunkte in der Arbeit festzulegen. Im Rahmen der Vorstandssitzungen des SBB berichteten wir regelmäßig zu unseren Aktivitäten.

Eine wichtige Unterstützung bei unserer fachlichen Arbeit ist unsere jährliche Hauptversammlung, die sich aus den Vorsitzenden der Frauenvertretungen der Mitgliedsgewerkschaften und dem Vorstand der SBB Frauen zusammensetzt.

Im Rahmen der ganztägigen Veranstaltung 2019 wurde intensiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verschiedene Arbeitsmodelle diskutiert, und darüber hinaus das Frauennetzwerk in Sachsen gestärkt.

Die Zusammenarbeit mit der dbb bundesfrauenvertretung und den anderen Bundesländern wurde gestärkt. So konnten wir die neue Vorsitzende Milanie Kreutz als Gast zu unserer digitalen Hauptversammlung begrüßen. Aber auch die Teilnahme an der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung stärkte den Kontakt und förderte den Austausch.

Auch die Teilnahme an den jährlichen Frauenpolitischen Fachtagungen der dbb bundesfrauenvertretung war ein großer Mehrwert für unsere fachliche Arbeit. Hier diskutierten und präsentierten Expertinnen und Experten neueste Erkenntnisse zum Beispiel zur Beurteilungs- und Beförderungspraxis im öffentlichen Dienst oder zu Diskriminierung der Frau im Steuerrecht.

Der Sächsische Gleichstellungsbeirat hat sich im Jahr 2020 neu konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Hier brachten wir unsere Forderungen an das neue Sächsische Gleichstellungsgesetz ein und vernetzten uns mit politischen Akteurinnen der Gleichstellungspolitik. In den Arbeitsgruppen des Gremiums

brachten wir unsere Anliegen für die Frauen im Öffentlichen Dienst regelmäßig ein.

Viel Anklang fanden auch unsere Informationsveranstaltungen „SBB Frauen hinterfragen“. So informierten wir im Rahmen der jährlichen Veranstaltung zu „Tipps und Tricks für Ihre Sicherheit am Arbeitsplatz“ (2018) in der Justizvollzugsanstalt in Leipzig sowie über gesundheitliche Diskriminierung der Frau bei „Frauenherzen schlagen anders“ (2019).

Die Corona Pandemie verhalf auch uns SBB Frauen zu mehr digitalen Formaten. So konnten wir den digitalen Stammtisch „Runde Ecke“ ins Leben rufen und etablieren. Bei diesem konnten alle Interessierten ihre Sorgen und Nöte ansprechen, auf Probleme und Herausforderungen aufmerksam machen oder aktuelle Informationen aus der Arbeit der SBB Frauen erfahren. Erstmals in 2022 konnte dieser in Präsenz stattfinden und hat sich zu einer regelmäßig genutzten Plattform entwickelt.

Der Landesfrauenrat Sachsen e. V. ist der Dachverband sächsischer Frauenverbände, -vereine, -initiativen und -vereinigungen sowie Gleichstellungsinitiativen. Als Mitglied dieser Organisation hatten wir die Möglichkeit, uns stärker zu vernetzen und Informationen auszutauschen.

Auch zum Tag der Sachsen waren die SBB Frauen dabei und präsentierten unsere Themen an einem eigenen Stand. Wir nutzten die Gelegenheit und besprachen die frauenpolitisch aktuellen Themen mit Politikern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.



Tag der Sachsen 2019



Stammtisch der Frauen „Runde Ecke“ 2022

10.3. Bericht der SBB Senioren

Die im November 2013 gegründete SBB Seniorenvertretung beging im November 2018 ihren 2. Seniorentag.

Gewählt für fünf Jahre wurden Rita Müller als Vorsitzende, als stellvertretende Vorsitzende Ute Döring und Klaus Richter. Schwerpunkte der Arbeit von 2018 bis 2023 waren die politische Teilhabe älterer Menschen, aktive Öffentlichkeitsarbeit sowie das Thema Pflege.

Regelmäßige Berichterstattung der Seniorenvertretung über ihre Aktivitäten gingen an die dbb Seniorenvertretung, den SBB Landesvorstand und die SBB Senioren Hauptversammlung. Nach der im November 2019 durchgeführten, wurde erst wieder im Februar 2023 eine Hauptversammlung durchgeführt. Die Pandemie hat die Arbeit der Senioren zum Nachteil beeinflusst

Veranstaltungen

24. Oktober 2018 - Demografischer Wandel im öffentlichen Dienst - Herausforderung für Jung und Alt

Die Podiumsdiskussion fand im Oktober 2018 gemeinsam mit der SBB Jugend im Sächsischen Landtag statt. Impulsvorträge gab es von der SBB Landesvorsitzenden Nannette Seidler und dem Amtschef in der Sächsischen Staatskanzlei Thomas Popp. Dieser berichtete zu ermittelten voraussichtlichen personellen Entwicklungen im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen aufgrund der Demografie.

Auf dem Podium nahmen Vertreter aller in den Sächsischen Landtag gewählten Fraktionen Platz und diskutierten die bevorstehenden Herausforderungen.

1. Oktober 2019 – Informationsveranstaltung „Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Organspende“

Auf Beschluss der Vereinten Nationen wird seit 1991 dieser Tag als „Internationaler Tag der älteren Menschen“ begangen. Der Aktionstag soll die Öffentlichkeit auf die Situation und die Belange der älteren Generation aufmerksam machen. Die SBB Senioren hatten an diesem Tag zur Veranstaltung eingeladen.

10. Oktober 2022 - Erben – vererben

Diese Informationsveranstaltung sollte einen Überblick über das derzeit geltende Erbrecht geben. Als Referent konnte der stellvertretende Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Max Schindlbeck, gewonnen werden. Er erörterte grundsätzliche und praktische Fragen, die von den Teilnehmenden mit großem Interesse verfolgt wurden.



Infoveranstaltung Erben-Vererben 2022



Hauptversammlung SBB Senioren 2019



Sandy D.
Straßenwärterin

11. Die Arbeit der Kommissionen des SBB

11.1. Bericht der Kommission Beamtenrecht und Besoldung

Aufgrund einer Satzungsänderung beim Gewerkschaftstag des SBB wurde der Vorsitz der Grundsatzkommission Beamtenrecht einer stellvertretenden Landesvorsitzenden übertragen. Die bisherige Kommissionsvorsitzende Karen Siwonia wurde zum Gewerkschaftstag des SBB zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt und übernahm damit weiterhin den Kommissionsvorsitz.

Im Rahmen der Vorstandssitzung am 26./27. Juni 2018 wurden folgende Kolleginnen und Kollegen als Kommissionsmitglieder bestätigt:

- ▶ Ramona Buhler (vbba) – stellv. Vorsitzende
- ▶ Claudia Raum (SLV)
- ▶ Mathias Winkler (DVG)
- ▶ Knut Heynatz (GdV)
- ▶ Cathleen Martin (DPoIG)
- ▶ Roswietha Wiest (BTB)

Die laufende Kommissionsarbeit war geprägt durch die Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen. Als Spitzenorganisation wird der SBB nach § 119 SächsBG an der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse beteiligt.

Im Jahr 2018 hat die Kommission insgesamt 15 Stellungnahmen erstellt. Einen wesentlichen Raum nahmen dabei Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Handlungsprogramms der Sächsischen Staatsregierung zur nachhaltigen Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen ein. Außerdem wurden mehrere Stellungnahmen zu Verwaltungsvorschriften, die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zum Inhalt hatten, abgegeben.

Im Jahr 2019 hat die Kommission insgesamt 10 Stellungnahmen erstellt. Hier ging es schwerpunktmäßig um Stellungnahmen zur Änderung der Beihilfeverordnung und zur Verordnung zum Personalanalysegesetz und zur Sächsischen Lehrkräftearbeitszeitverordnung.

Im Jahr 2020 hat die Kommission insgesamt 7 Stellungnahmen erstellt. Hervorzuheben sind hier Stellungnahmen zur Änderung der Beihilfeverordnung, zum Sächsischen Beamtengesetz und der Sächsischen Arbeitszeitverordnung.

Im Jahr 2021 waren keine Stellungnahmen zu Gesetzen oder Verordnungen abzugeben. Als Grund wird die anhaltende Corona-Pandemie vermutet.

Im Jahr 2022 waren insbesondere Stellungnahmen zu Änderungen des Sächsischen Reisekostengesetzes und zum Vierten Änderungsgesetz zu dienstrechtlichen Regelungen von Bedeutung. Durch letztgenanntes Gesetz soll eine verfassungsgemäße Alimentation in Sachsen ganz wesentlich durch Regelungen bei den Beihilfebemessungssätzen erreicht werden. Der SBB hatte zur Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit den Verfassungsrechtler Prof. Dr. Dr. Battis mit einer Stellungnahme beauftragt.

Im Ergebnis wird die Verfassungsmäßigkeit bezweifelt.

Weiterhin stellte die Kommission Informationen zu aktuellen Entwicklungen im Be-

amtenrecht zur Verfügung. Insbesondere wird auf Antrags- und Widerspruchsmöglichkeiten hingewiesen.

Dies betraf im Berichtszeitraum die Berücksichtigung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Festsetzung der Erfahrungsstufen, die Besoldung von Beamten mit drei und mehr berücksichtigungsfähigen Kindern und die Besoldung begrenzt dienstfähiger Beamter.

Die Tarifiergebnisse der Einkommensrunden der Länder 2019 wurden linear, zeit- und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten in Sachsen übertragen. An den konstruktiven Gesprächen dazu mit Finanzminister Dr. Matthias Haß hat die Kommissionsvorsitzende Karen Siwonia gemeinsam mit der Vorsitzenden des SBB Nannette Seidler teilgenommen.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Besoldung begrenzt dienstfähiger Beamter neu geregelt. Diese erhalten ab 2020 einen nicht ruhegehaltfähigen Zuschlag zu ihrer (Teilzeit)besoldung in Höhe der Hälfte der Differenz zu ihrer vollen Besoldung. Beamte, die Widerspruch eingelegt hatten, konnten sich zum Jahresende 2019 im Regelfall über eine nicht unerhebliche Nachzahlung für die Vergangenheit freuen. Die Kommission Beamtenrecht hatte 2018 und 2019 auf die Widerspruchsmöglichkeit hingewiesen. Die Nachzahlung war per Gesetz auf diejenigen Beamten beschränkt worden, die Widerspruch eingelegt hatten.

Mit der Änderung der SächsUrlMuEltVO konnte eine langjährige Forderung des SBB zu 10 „Kind-krank-Tagen“ für Beamte umgesetzt werden. Die Umsetzung resultierte schlussendlich aus der Wertschätzungsinitiative der Staatsregierung. In diesem Zusammenhang wurde auch die Auslegung der Arbeitszeitverordnung für die Beamten neu und einheitlich vorgenommen.

Pauschal kann gesagt werden, dass Reisezeiten nunmehr als Arbeitszeit Berücksichtigung finden. Ebenso gab es Verbesserungen durch die Anpassung der

VwV zum SächsRKG. Die Anpassung des Gesetzes selbst steht noch aus.

Im Jahr 2021 traf sich die Kommission zu digitalen Sitzungen. Dabei bestand am 29. November die Möglichkeit der Teilnahme für weitere, am Thema amtsangemessene Alimentation interessierte Vertreter aus den Gewerkschaften. Schwerpunktmäßig wurden coronabedingte Regelungen für Beamte, Fragen zur Alimentation und Beihilfe behandelt.

Ebenfalls in digitaler Form fand am 26. Juni 2021 ein Seminar zum Beamtenrecht statt. Als Dozenten konnten Friedhelm Schäfer – Zweiter Vorsitzender des dbb, Dr. Andreas Stadler – Sächsischer Richterverein sowie Vertreter des PKV-Verbandes gewonnen werden. Schwerpunktmäßig wurden die Themen Verfassungsmäßigkeit der Besoldung in Sachsen vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des BVerfG aus dem Jahr 2020 sowie das „Hamburger Modell“ erörtert.

Die im Jahr 2022 vielseitigen Herausforderungen beispielsweise das Dienstrechtsneuordnungsgesetz sind bereits im Bericht der politischen Arbeit geschildert.

11.2. Bericht der Grundsatzkommission Tarifrecht

Die Tarifarbeit im SBB wird zentral vom dbb beamtenbund und tarifunion geführt.

Der SBB wird dabei im Rahmen seiner Möglichkeiten als Partner vor Ort tätig, wie beispielsweise bei der Unterstützung und Organisation von zentralen Protestkundgebungen beziehungsweise Streikaktionen. Der dbb Bundestarifkommission gehören von Seiten des SBB die Vorsitzende, Nannette Seidler als stimmberechtigtes Mitglied, sowie Steffen Winkler als Vorsitzender der Tarifkommission mit beratender Stimme, an.

Die wesentlichen Bereiche der Tarifarbeit im Zusammenhang mit den Einkommensrunden sowie Höhepunkte aus Sachsen werden im Folgenden in diesem Geschäftsbericht dokumentiert.

Der Tarifkommission im SBB gehörten an:

- Vorsitzender: Steffen Winkler (SLV im VBE)
- Stellvertreter: Jürgen Kretzschmar (DVG)

> dbb regional

Der SBB stellt sich vor

Die Kommission Beamtenrecht

Der SBB wird als gewerkschaftliche Spitzenorganisation bei der Vorbereitung von Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse beteiligt.

Das ist so im Beamtenstatusgesetz und im Sächsischen Beamtengesetz geregelt. Der SBB wird also zu Gesetzen und Verordnungen, die Beamte betreffen, angehört. Der SBB gibt dann wiederum seinen Mitglieds-gewerkschaften Gelegenheit, zu den Vorhaben Stellung zu nehmen. Manche Gewerkschaften fordern ihre Mitglieder auch selbst auf, sich zu äußern.

Die eingehenden Stellungnahmen werden durch die Kommission Beamtenrecht im SBB zusammengefasst und dem Verfasser der geplanten Regelung zugeleitet. Bei unterschiedlichen Auffassungen oder Unklarheiten zu den zukünftigen Regelungen, werden diese mit dem Verfasser diskutiert. In manchen Fällen werden Vertreter des SBB auch zu Anhörungen in den Landtag geladen. Als Fachleute stehen sie hier den Abgeordneten Rede und Antwort.

All dies erfordert umfangreiche Arbeiten, vor allem hinter den Kulissen. Die Kommission Beamtenrecht ist eine auf Dauer eingerichtete Grundsatzkommission beim SBB. Ihr gehören sieben Kolleginnen und Kollegen aus ganz verschiedenen Fachgewerkschaften unter



dem Dach des SBB an. Geleitet wird die Kommission von Karen Siwonia, die gleichzeitig eine der stellvertretenden Landesvorsitzenden des SBB ist. Diese Struktur ist in der Satzung des SBB so verankert.

Neben der Befassung mit Stellungnahmen zu beamtenrechtlichen Regelungen trifft sich die Kommission Beamtenrecht regelmäßig zu Sitzungen. Hier werden allgemein interessierende Themen für Beamtinnen und Beamte aufgegriffen. Da geht es aktuell beispielsweise um Beihilfe und das sogenannte „Hamburger Modell“ (gemeint ist ein Zuschuss des Dienstherren zu den Beiträgen freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherter Beamter). Aber auch mit der Bearbeitung der Anträge zu beamtenrechtlichen Themen des letzten Gewerkschaftstages des SBB ist die Kommission beschäftigt. Eine Forderung war zuletzt beispielsweise die Anpassung der „Kind-krank-Tage“ an das Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung. Dies wurde 2019 umgesetzt.

Gern beantworten die Kommissionsmitglieder auch ganz konkrete Einzelfragen von Mitgliedern der Fachgewerkschaften des SBB. Außerdem werden Informationen zu besonders interessierenden Themen zur Verfügung gestellt. Meist handelt es sich dabei um Handlungsempfehlungen im Zusammenhang mit laufenden Gerichtsverfahren. So erhielten Ende 2019 beispielsweise alle begrenzt dienstfähigen Beamten eine Nachzahlung ihrer Bezüge, wenn sie Widerspruch gegen ihre Besoldung aufgrund vermuteter Verfassungswidrigkeit eingelegt hatten. Die Einlegung des Widerspruchs hatte die Kommission

Karen Siwonia ist nicht nur Vorsitzende der Kommission Beamtenrecht und stellvertretende Landesvorsitzende des SBB, sie vertritt den Sächsischen Landesbund auch im Landespersonalausschuss.

Kontaktieren können Sie die Kommission Beamtenrecht am einfachsten per E-Mail an GK-Beamtenrecht@sbb.dbb.de.

Karen Siwonia, stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende der Grundsatzkommission Beamtenrecht im SBB

© Healy

> dbb regional magazin | Juni 2020

Weitere Mitglieder:

Norbert Frömter (DSTG), Klaus Dünzkofer (BTB), Steffen Papst (PVS), Michael Wittig (DPVKOM), Volker Hofmann (DPoIG) und Rolf Schlichting (BDF)

Am 25. September 2018 trafen sich die Mitglieder der Grundsatzkommission Tarif im SBB zu ihrer ersten Sitzung. Auf der Tagesordnung stand neben den Arbeitsaufgaben und deren Verteilung vor allem die Vorbereitung der Tarifrunde 2019 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL).

Im Oktober und November 2018 fanden Branchentage zur Vorbereitung der Einkommensrunde in Chemnitz (DVG), Leipzig (DPhV) und Dresden (SLV, LVBS) statt.

Forderungsfindung am 20. Dezember 2018 in Berlin.

21. Januar 2019 erste Runde in Berlin
06.- 07. Februar 2019 zweite Runde in Potsdam

Nach den ersten beiden erfolglosen Verhandlungsrunden fanden Warnstreiks in ganz Sachsen und Demonstrationen in Leipzig, Chemnitz und Dresden mit rund 11.000 Teilnehmern statt.

Dritte Runde und Abschluss: 28. Februar bis 02. März 2019 in Potsdam.

Die wichtigsten Ergebnisse im Tarifabschluss 2019 für die Beschäftigten der Länder:

- Die Tabellenwerte wurden zum 1. Januar 2019 um ein Gesamtvolumen von 3,2 % erhöht; darin enthalten sind die Anhebung der Eingangsstufe 1 in den Entgeltgruppen 2 bis 15 um 4,5 % und für die übrigen Stufen in allen Entgeltgruppen eine lineare Anhebung von 3,01%, mindestens jedoch eine Erhöhung um 100 Euro.



Prozentlauf 2021 an der Elbe



Steffen Winkler in Leipzig zur Aktion



DVG Leipzig 2021

- Zum 1. Januar 2020 erfolgt eine weitere Erhöhung um ein Gesamtvolumen von 3,2 %; darin enthalten sind die Anhebung der Eingangsstufe 1 in den Entgeltgruppen 2 bis 15 um 4,3 % und für die übrigen Stufen in allen Entgeltgruppen eine lineare Anhebung von 3,12 %, mindestens je doch eine Erhöhung um 90 Euro.

- Zum 1. Januar 2021 erfolgt eine weitere Erhöhung um ein Gesamtvolumen von 1,4 %; darin enthalten sind die Anhebung der Eingangsstufe 1 in den Entgeltgruppen 2 bis 15 um 1,8 Prozent und für die übrigen Stufen in allen Entgeltgruppen eine lineare Anhebung von 1,29 %, mindestens jedoch eine Erhöhung um 50 Euro.

Das Gesamtvolumen in den einzelnen Jahren bedeutete also nicht, dass jeder Beschäftigte dies auch so erhielt. Die Eingangsstufe 1 wurde überproportional bedacht und auch die Mindestzahlungen (betrifft untere Entgeltgruppen) müssen vom Gesamtvolumen abgezogen werden. So kommt es in den Jahren 2019 bis 2021 für die meisten Beschäftigten zu Erhöhungen im Rahmen von 3,01 % (2019), 3,12 % (2020) und 1,29 % (2021).

- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte in zwei Schritten um 50 Euro (1. Januar 2019) und 50 Euro (1. Januar 2020). Der Urlaub für Azubis wird auf 30 Tage erhöht, die alten Übernahmeregeln werden wieder in Kraft gesetzt (§ 19 TVA -L BBiG)

- Erhöhung der Angleichungszulage für Lehrkräfte um 75 Euro auf 105 Euro (1. Januar 2019)

- Die Garantiebeiträge bei Höhergruppierung werden zum 1. Januar 2019 für die Dauer der Laufzeit des Tarifvertrags auf 100 Euro (EG 1-8) bzw. auf 180 Euro (EG 9-14) erhöht, begrenzt auf den Unterschiedsbetrag bei einer stufengleichen Zuordnung. Unsere Forderung nach stufengleicher Höhergruppierung wie bei Bund und Kommunen konnten wir nicht durchsetzen.

- Die bisherige Entgeltgruppe 9 wird in die Entgeltgruppen 9a und 9b aufgeteilt.

- Die Jahressonderzahlung wird für die Jahre 2019 bis 2022 auf dem Niveau von 2018 eingefroren. Allerdings wird zuvor noch die Angleichung Ost an das Westniveau umgesetzt. Danach finden Entgelterhöhungen auch auf die Jahressonderzahlung wieder Anwendung.

- Die Werte und die Eingruppierungsregelungen der Pflegeentgelttabelle des TVöD (PTabelle) werden im TV-L übernommen und rückwirkend ab Januar 2019 ebenfalls dynamisiert.

- Die Tabellenentgelte in der neu vereinbarten SuE-Tabelle (Sozial und Erziehungsdienst, Anlage G zum TV-L), die ab dem 1. Januar 2020 gültig ist, werden zum 1. Januar 2020 um zweimal 3,2 Prozent und zum 1. Januar 2021 nochmals um 1,4 Prozent erhöht.

- Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 33 Monate - bis 30. September 2021.

Eine weitere Sitzung der Grundsatzkommission Tarifrecht im SBB fand am 17. September 2019 in Dresden statt.

Dabei ging es besonders um die Auswertung der Einkommensrunde 2019 Länder, die Übertragung des Ergebnisses auf den Beamtenbereich in Sachsen, die Vorbereitung der nächsten Einkommensrunde 2020 mit Bund und Kommunen sowie um den Erfüllungsstand der Anträge vom Gewerkschaftstag des SBB 2018, die den Bereich unserer GK betrafen. (Anträge Nr. 32 bis Nr. 43). Hier wurde umfassend diskutiert, wo speziell in Sachsen weiterer Handlungsbedarf ist bzw. Handlungsmöglichkeiten bestehen. Hierzu war im Vorfeld ein Schreiben zur Forderungsfindung bzw. Aktionsbereitschaft an alle Mitgliedsgewerkschaften im SBB versandt worden.

Über Ergebnisse von Tarifverhandlungen bzw. aktuelle tarifliche Fragen wurde der Landesvorstand regelmäßig im Rahmen der stattfindenden Sitzungen durch den Vorsitzenden der GK Tarifrecht informiert.

Verschiedenste Anfragen von Mitgliedsgewerkschaften zum Tarifrecht etc. wurden zeitnah beantwortet.

Einkommensrunde 2020 Bund/Kommunen - virtuelle Teilnahme an mehreren Sitzungen der BTK wegen der Corona Epidemie.

Auch nach zwei Runden gab es kein Angebot der Arbeitgeber.

Virtuelle Sitzung der GK Tarif im SBB am 7. September 2020 zur Vorbereitung der Einkommensrunde in Sachsen.

Aktion am 3. Oktober 2020 vor dem Kommunalen Arbeitgeberverband in Dresden.

Besonders hervorzuheben ist der Sächsische Erzieherverband (SEV) im SLV für die Vorbereitung und Organisation dieser Veranstaltung, die auch unter ande-



Demo LVBS 2021

rem im MDR - Sachsenspiegel mit einem kurzen Bericht Beachtung fand. Wir haben vor Ort gezeigt, was wir von der Verweigerungshaltung der Arbeitgeber hielten. Es gab dennoch kein Angebot der Arbeitgeber.

Trotz strömenden Regens trafen sich deshalb am Nachmittag des 14. Oktober 2020 wiederum zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen zu einer Protestaktion vor dem Dresdner Rathaus, um gemeinsam für die gewerkschaftlichen Forderungen in der Einkommensrunde einzustehen. Auch hier stand die Forderung nach Ost-West-Angleichung der Arbeitszeit im Mittelpunkt.

Ablauf / Ergebnisse Tarifrunde 2020 Bund/Kommunen

Corona – Krise beeinflusste maßgeblich diese Runde

Auf den Vorschlag der Gewerkschaften, diese Runde auf das nächste Jahr zu verschieben und eine Einmalzahlung an die Beschäftigten zu leisten, gingen die Arbeitgeber nicht ein, sondern fordern eine extrem lange Laufzeit und bieten als Einkommenserhöhung einen Inflati-

onsausgleich an. (Inflationsrate lag da bei – 0,1%)

Wichtigste Forderungen

Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8 Prozent, mindestens 150 Euro, bei einer Laufzeit von 12 Monaten

Angleichung der Arbeitszeit Ost an West im kommunalen Bereich

Ablauf Tarifrunde

1. Runde am 1. September 2020 – kein Angebot - Warnstreiks unter Corona Bedingungen in ganz Deutschland

2. Runde 19. bis 20. September 2020 – weiter kein Angebot - Warnstreiks. Am 14. Oktober 2020 trafen sich wiederum zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen zu einer Protestaktion vor dem Dresdner Rathaus.

3. Runde 22. bis 23. Oktober 2020 geplant -> Abschluss dann am 25. Oktober 2020

Corona-Sonderzahlung

Noch im Jahr 2020 wird eine Corona-Sonderzahlung an alle Beschäftigten wie folgt gezahlt:

- 600 Euro in den Entgeltgruppen 1 bis 8
- 400 Euro in den Entgeltgruppen 9a bis 12,
- 300 Euro in den Entgeltgruppen 13 bis 15.

Teilzeitbeschäftigte erhalten diese anteilig.

Die Tabellenentgelte werden ab dem 1. April 2021 um 1,4 Prozent, mindestens aber 50,00 Euro, und ab dem 1. April 2022 um weitere 1,8 Prozent erhöht. Die Laufzeit beträgt 28 Monate bis zum 31. Dezember 2022, damit sind weitere Tariferhöhungen erst wieder 2023 möglich.

Die Ost-West-Angleichung der Arbeitszeit im kommunalen Bereich von 40 auf 39 Stunden erfolgt in zwei Stufen von jeweils einer halben Stunde zum 1. Januar 2022 und zum 1. Januar 2023, mit Ausnahme des Krankenhausbereichs. Dort erfolgt die Angleichung auf das Westniveau von 38,5 Stunden in den Jahren 2023 bis 2025 mit jeweils einer halben Stunde pro Jahr.

Die Jahressonderzahlung im kommunalen Bereich wird bei Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 bis 8 (so auch für Erzieherinnen in S 8a und S 8b) im Tarifgebiet Ost auf 81,51 Prozent im Jahr 2022 und 84,51 Prozent im Jahr 2023 erhöht.

Dass diese fünfprozentige Erhöhung im Tarifgebiet West bereits im Jahr 2022 vollständig gezahlt wird und bei uns erst ein Jahr später, ist für die Beschäftigten im Osten 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung schwer nachvollziehbar.

Zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im kommunalen Bereich werden alternative Entgeltanreize ermöglicht. Per Dienst- bzw. Betriebsvereinbarung vor Ort kann ein bestimmtes Budget z. B. für Zuschüsse zu Fitnessstudiobesuchen, Job-Tickets, Fahrrad-Leasing, Kita-Beiträgen und ähnlichen verwendet werden.

Die Ausbildungsentgelte nach dem TVAöD und die Praktikantentgelte nach dem TVPöD werden ab dem 1. April 2021 um 25,00 Euro und ab dem 1. April 2022 um weitere 25,00 Euro erhöht.

Übernahme von Auszubildenden § 16a TVAöD – Allgemeiner Teil – (Übernahme von Auszubildenden) wird ab dem 1. November 2020 wieder in Kraft gesetzt und tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.

Altersteilzeit

Die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Altersteilzeit und des FALTER-Arbeitszeitmodells nach den Tarifverträgen zur Regelung flexibler Arbeitszeiten für ältere Beschäftigte des Bundes und im Bereich der VKA werden bis 31. Dezember 2022 verlängert.

Einkommensrunde 2021 Länder – Ausgangslage

- Informationen zur Sitzung des LV am 8. Juni 2021
- TVöD-Abschluss 2020 als Vorlage
- Stichwort Arbeitsvorgang
- Stichwort Entgeltordnung Lehrkräfte
- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Landes- und Kommunalbeamten
- Stichwort „Amtsangemessene Alimentation“
- Sonderfall TV-H

Stufengleiche Höhergruppierung?

Terminablauf

- 12. April 2021 BTK beginnt die Diskussion
- Mai/Juni 2021 digitale Branchentage zur internen Diskussion und Mobilisierung
- 26. August 2021 Forderungsfindung im dbb forum
- 8. Oktober 2021 Auftaktrunde in der LV Ba-Wü
- 1./2. November 2021 Zweite Runde in Potsdam
- 27./28. November 2021 Abschlussrunde in Potsdam

Virtuelle Sitzung der GK Tarif im SBB am 5. Oktober 2021

Schwerpunkt war die Einkommensrunde 2021 mit der TdL und geplante Aktionen in Sachsen.

Aktionen in Sachsen

Am Donnerstag, den 28. Oktober 2021 fand ein vom dbb geplanter Prozentlauf statt. Hier sollte die Tarifmauer symbolisch durchbrochen werden.

Weiterhin wurden bundesweite branchenspezifische Aktionstage im Rahmen der Einkommensrunde durchgeführt. Ziel war es, auf die verschiedenen Bereiche des öffentlichen Dienstes und die dort geleistete Arbeit aufmerksam zu machen.

Die wichtigsten Aktionen sollten in der Zeit vom 24. November bis 26. November stattfinden. In Dresden wollte der SBB eine Mahnwache vor dem Finanzministerium durchführen. Am 26. November 2021 war weiterhin ein landesweiter Warnstreik mit Demonstrationen in Dresden, Chemnitz und Leipzig geplant. Leider mussten wir auf Grund der verschärften Corona-Lage in Sachsen alle geplanten Aktionen kurzfristig absagen.

Am 29. November 2021 kam es nach äußerst zähen Verhandlungen zu einem Tarifabschluss.



„coronakonformer“ Protest - BDF Geschäftsführer Udo Mauersberger

Die wichtigsten Ergebnisse

Mit 2,8 Prozent Erhöhung ab 1. Dezember 2022 bei einer Tariflaufzeit von 24 Monaten wurde nach Angaben des dbb im linearen Bereich das Maximum herausgeholt. Die steuer- und sozialversicherungsfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro bedeutet eine Anerkennung der hohen Leistungsbereitschaft der Beschäftigten bei der Bewältigung der Pandemie.

Beim Thema Arbeitsvorgang konnte der „Anschlag auf die Eingruppierung der Beschäftigten abgewehrt“ werden. Enttäuschend war, dass das Thema stufenweise Höhergruppierung in dieser Einkommensrunde keine Rolle gespielt hat und hier weiterhin eine klare Benachteiligung zu den Beschäftigten bei Bund und Kommunen besteht.

Vielfältige schwierige Rahmenbedingungen haben die Kompromissfindung auch in dieser Einkommensrunde erschwert. Überschattet wurde sie von

der enormen Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Corona-Pandemie.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- 1.300 Euro Corona-Sonderzahlung (steuer- und sozialversicherungsfrei, Auszahlung spätestens im März 2022)
- 2,8 Prozent Entgelterhöhung (zum 1. Dezember 2022)
- Auszubildende erhalten 650 Euro Corona-Sonderzahlung und eine Entgelterhöhung zwischen 50 und 70 Euro
- Vertragslaufzeit: 24 Monate

Einkommensrunde 2023 Bund und Kommunen:

- 11. Oktober 2022 Sitzung der BTK in Berlin
- Gemeinsame Forderung:
- Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden,

Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro sowie eine verbindliche Zusage zur unbefristeten Übernahme der Azubis

- Laufzeit 12 Monate
- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes
- Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten.
- Verlängerung des Tarifvertrags zur Gewährung von Altersteilzeit
- Spezifische Forderungen einzelner Gewerkschaften wurden aufgrund der Lage bewusst außen vorgelassen

Zeitschiene

- Die Tarifverhandlungen starten am 24. Januar 2023 in Potsdam.
- Eine zweite Runde ist für den 22./23. Februar 2023 angesetzt.
- Die entscheidende dritte Runde findet vom 27. bis 29. März 2023 statt.
- 11. Oktober 2022 Einladung zur virtuellen Sitzung an alle Mitgliedsgewerkschaften und die GK Tarif im SBB zur Ideenfindung in Vorbereitung der anstehenden Einkommensrunden.
- 7. November 2022 im Rahmen der Landesvorstandssitzung des SBB weitere Ideenfindung zu Aktivitäten während der Einkommensrunde.

Am 10. Januar 2023 weitere virtuelle Sitzung der GK Tarif zur Vorbereitung der Einkommensrunde Bund/Kommunen. Eingeladen waren alle Mitgliedsgewerkschaften und Querschnittsvertretungen im SBB.

11.3. Bericht der Grundsatzkommission Mitbestimmung

Die Kommission Mitbestimmung im SBB ist nach dem Gewerkschaftstag 2018 aus der bisherigen Kommission Personalvertretungsrecht hervorgegangen. Mit der Namensänderung sollte sich der Auftrag der Aufgabenwahrnehmung klar nach außen darstellen. Es sollen neben dem Sächsischen Personalvertretungsgesetz ausdrücklich auch Themen des Bundespersonalvertretungsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes angesprochen werden. Dies sollte helfen, Synergien zu nutzen und die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zu ermöglichen.

Dem folgend, beschäftigte sich die Kommission Mitbestimmung im SBB mit Fragen rund um das Personalvertretungs- und Betriebsverfassungsrecht. Fragen zum Thema Betriebsverfassungsrecht (privatisierte Bereiche) wurden dabei in Zusammenarbeit mit dem dbb bearbeitet.

Die Kommission Personalvertretungsrecht bestand aus Mitgliedern verschiedener Mitgliedsgewerkschaften des SBB.

Der Grundsatzkommission gehörten zuletzt folgende Mitglieder an:

- Imre Boesze (DVG)
- André Ficker (BTB)
- Claudia Raum (SLV),
- Dirk Wolfram (DVG).
- Matthias Klapproth (DSTG)
- Dirk Huske (vbba)

Die Arbeit der letzten beiden Jahre beschäftigte sich mit 3 großen Themenfeldern:

- Einbindung in Gesetzesänderungen zum Sächsischen Personalvertretungsgesetz (SächsPersVG) sowie Erarbeitung von Vorschlägen zu Änderungen des Gesetzes,
- der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung vom Mai 2018 im Bezug auf die Anwendung für Personalräte
- Ansprechpartner für und Kontakt zu Personalräten.

Sächsisches

Personalvertretungsgesetz

Die Sächsische Landesregierung hatte im Koalitionsvertrag vereinbart, dass „Mitbestimmung und Beteiligung für die Beschäftigten weiter verbessert und dafür das Personalvertretungsgesetz unter Einbeziehung der Gewerkschaften, der Personalvertretungen und der kommunalen Ebene bis Ende 2021“ weiterentwickelt werden sollte.

Die Grundsatzkommission sah es deshalb als ihre wichtigste Aufgabe an, diesen Prozess zu begleiten und die Vorschläge und Änderungsbedarfe in diesen Prozess einzubringen.

In der Folge wurden alle Mitgliedsgewerkschaften des SBB gebeten, ihre Anforderungen an ein modernes und zukunftsfähiges Sächsisches Personalvertretungsgesetz zu formulieren und der Kommission zu übersenden.

Diese Vorschläge und Anmerkungen wurden anschließend besprochen und bewertet und als Diskussionsgrundlage in ein aus Sicht der Grundsatzkommission mögliches neues Gesetz eingearbeitet. Aktuell steht die Vorlage eines Gesetzesentwurfs jedoch noch aus, so dass eine inhaltliche Auseinandersetzung damit oder eine Stellungnahme des SBB dazu noch nicht erfolgen konnte.

Organisation der Arbeit der Kommission Mitbestimmung

Die Kommission führt hierzu regelmäßige Sitzungen in der Geschäftsstelle des

SBB, später vor allem in digitalem Format durch. Neben der Bearbeitung der Aufträge des Gewerkschaftstages wurden aktuelle Anfragen von Mitgliedern der Fachgewerkschaften des SBB besprochen und Informationen hierzu im dbb regionalmagazin oder auf der Website veröffentlicht.

Regelmäßig berichtet der Vorsitzende der GK Mitbestimmung zu den Landesvorstandsitzungen des SBB. Hierbei war es insbesondere Wunsch an die Mitgliedsgewerkschaften des Geltungsbereiches des Betriebsverfassungsgesetzes, noch interessierte Mitglieder für die Kommissionsarbeit vorzuschlagen.

Zum Thema Datenschutz im Personalrat wurde gemeinsam mit der Kommission Rechtsschutz berichtet.

Schulungen der Personalräte:

Schulungen der Personalräte und dienstlichen Interessenvertreter sollte ein Schwerpunkt der Aufgabe in 2020 und 2021 werden. Nach den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung in 2020 und den anstehenden Wahlen zum Personalrat nach dem SächsPersVG im Jahre 2021 sollte hier das Angebot zur Wissensvermittlung mit Bezug auf unseren gewerkschaftlichen Hintergrund im kommunalen und staatlichen Bereich unterbreitet werden.

Leider verhinderte die Pandemie dieses Vorhaben. Jedoch wurden in digitalen Formaten und in schriftlicher Form aktuelle Hinweise an die Mitglieder unserer Mitgliedsgewerkschaften gegeben.

Im Bereich der Wahlen stellte die Kommission den Personalräten die gesetzlichen oder durch Wahlordnung vorgeschriebenen Mustervordrucke zur Verfügung.

Mehrfach wandten sich auch Personalräte mit Fragen an die Grundsatzkommission. Diese gab Einzelmitgliedern beziehungsweise Personalräten allgemeine Auskünfte. Eine rechtliche Einzelfallprüfung und Beratung ist aber nach dem Rechtsberatungsgesetz den Rechtsanwälten vorbehalten. Hierzu wurden die Mitglieder an das Referat Mitbestimmung des dbb verwiesen. Eine Information an alle Mitglieder zum Bezug der Informationen des dbb ist ebenfalls erfolgt. Hierzu zählen aktuell die Zeitschriften zum Personalvertretungsrecht und zum Betriebsverfassungsrecht, die von Mitgliedern oder Personalratsgremien im Abo bezogen werden können.

11.4. Bericht der Grundsatzkommission Rechtsschutz

Bekanntlich vertritt das Dienstleistungszentrum (DLZ) Ost die Interessen der Mitglieder der Mitgliedsgewerkschaften des dbb Beamtenbund und Tarifunion vor Gericht und setzt ihre rechtlichen Interessen auch außergerichtlich durch und übernimmt eine beratende Funktion. Diese Rechtsschutzgewährung spielt in der gewerkschaftlichen Praxis eine große Rolle und war und ist den Mitgliedern äußerst wichtig.

Die Grundsatzkommission Rechtsschutz, die sich teilweise aus Rechtsschutzbeauftragten der Mitgliedsgewerkschaften zusammensetzt, arbeitete dabei auch im Berichtszeitraum wieder eng mit dem Dienstleistungszentrum Ost zusammen.

Die Interessenvertretung nahm in den letzten Jahren zu und war schon 2018-2019 Anlass dafür, neue Arbeitshilfen in die rechtliche Beratungspraxis einzuführen. Mit Blick auf die neuen Rechtsschutzanträge und Checklisten begleitete die GK Rechtsschutz die Umstellung des Systems.

Eine weitere Aufgabe für die GK war, die Bearbeitung von aktuellen Fragen und

Grundsatzangelegenheiten, wie zum Beispiel:

- ▶ Digitale Formate auch in der Rechtsschutzberatung?
- ▶ Arbeitsbelastung in der sächsischen Justiz – Auswirkung auf die Rechtsschutzgewährung
- ▶ Urteile des BGH mit Blick auf die Anrechnung der Arbeitszeit bei Dienstreisen
- ▶ DSGVO – Auswirkung auf Personalräte und Betrachtung aus Sicht des Rechtsschutzes
- ▶ Systematische Arbeitszeiterfassung als Pflicht
- ▶ Gleichstellung für Beamte und Wegfall von Resturlaub

In diesem Zusammenhang wurden durch die GK Rechtsschutz auch Infoschreiben an die Mitgliedsgewerkschaften des SBB übersandt.

Am 04. März 2020 veranstaltete die Grundsatzkommission zusammen mit dem DLZ Ost einen Rechtsschutztag in Dresden. Neben den Rechtsschutzbeauftragten waren für das DLZ RA Markus Nolte und RA Karsten Weithmann zu Gast. Schnell wurde in der Diskussion klar, dass es eine Menge zu bereden gibt. So informierte RA Nolte über problematische Fälle aus der Rechtsschutzgewährung und zeigte auch Fälle auf, in denen auf Grund Zeitablauf das DLZ Ost keinen Rechtsschutz mehr gewähren konnte.

Der Rechtsschutztag und auch die Folgezeit war von Corona überlagert. Coronabedingt kam es danach zu Onlinesitzungen der GK Rechtsschutz. Im Vordergrund stand die ergänzende Bearbeitung von individuellen Rechtsschutzangelegenheiten im Zusammenhang mit dem DLZ Ost des dbb (i.d.R.) auf Wunsch von Mitgliedsgewerkschaften des SBB.

In der oben angesprochenen Tätigkeit ging es im abgelaufenen Zeitraum im Wesentlichen um den Bereich des Eingruppierungsrechtes. So konnten effek-

tiv Mitglieder der Mitgliedsgewerkschaften des SBB unterstützt und Ansprüche durchgesetzt werden. Es zeigte sich, dass Eingruppierungsrechtsstreitigkeiten, um erfolgreich sein zu können, sehr arbeitsintensiv sind.

2021 griff dann die GK Rechtsschutz ein sich aufzeigendes neues Thema auf. Es ging um die Rechtsschutzgewährung bei Pensionären und Rentnern im Schwerbehindertenrecht.

Der Berufsrechtsschutz ist für die vielen Mitglieder der Fachgewerkschaften im SBB ein wichtiger Baustein ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit. Deshalb kann es wichtig sein, auch Mitgliedern im Ruhestand ein Angebot für einen gewissen Rechtsschutz zu unterbreiten. Rechtsschutzgewährung im Schwerbehindertenrecht könnte aus Sicht der Grundsatzkommission so ein Angebot sein. Die GK Rechtsschutz hat sich dieses Themas angenommen und einen entsprechenden Antrag an den dbb Gewerkschaftstag initiiert.

Coronabedingt arbeiteten immer mehr Beschäftigte im Homeoffice. Die hier gegebenen technischen Möglichkeiten bedingen aber auch technische Kontrollmöglichkeiten.

Die GK Rechtsschutz griff dieses Thema auf um zu überprüfen, welche technischen Kontrollmöglichkeiten es im Homeoffice gibt und wann diese rechtlich genutzt werden dürfen.

Die Praxis hat gezeigt, dass Mitglieder ein starkes Interesse an Informationen über die Praxis der Rechtsschutzgewährung haben. Deshalb hat die GK Rechtsschutz eine Serie für das dbb Magazin erstellt und in unregelmäßigen Abständen über die Praxis der Rechtsschutzgewährung mit Blick auf einzelne Themenbereiche berichtet. So informierte die GK Rechtsschutz 2022 im dbb Magazin über das Thema der Führung von Konkurrenzstreitigkeiten sowie über die Beurteilungspraxis.

11.5. Bericht der Fachkommission Bildung

Die Fachkommission beschäftigte sich im Berichtszeitraum mit allen Themen rund um berufliche und schulische Ausbildung sowie Hochschulbildung. Sie setzte sich wie folgt zusammen:

- ▶ Dirk Baumbach (Vorsitzender, LVBS)
- ▶ Marion Hobohm (SSV)
- ▶ Robert Sender (SLB)
- ▶ Franz-Josef Fischer (KEG)
- ▶ Anja Portscht (BTB)
- ▶ Rita Kiriasis-Kluxen (BRH)(bis 4/2022)
- ▶ Cornelia Krause (PVS) (ab 5/2022)
- ▶ Prof. Dr. Dirk Müller (vhw)

Die wichtigsten Aufgaben der Fachkommission Bildung waren:

- die Bearbeitung der Anträge an den 7. SBB Gewerkschaftstag zum Thema Bildung
- die Erarbeitung bzw. Abstimmung von gemeinsamen Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen zu Bildungsthemen
- die Vorbereitung und Begleitung der schulpolitischen Foren

Über die Arbeit der Fachkommission wurde regelmäßig auf den Sitzungen des Landesvorstandes, aber auch auf der SBB Website und im dbb regionalmagazin berichtet.

Mit den Schulpolitischen Foren, die jährlich mit der CDU Fraktion im Sächsischen Landtag, veranstaltet werden, hat sich ein Format entwickelt, welches aktuelle politische Aufgaben aufgreift, in die Öffentlichkeit trägt und Lösungsansätze erarbeitet. Im Berichtszeitraum wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

2019

11. Schulpolitisches Forum

„Neutrale Schule? Politische Bildung zwischen Lehrermeldeportal und Beutelsbacher Konsens“



▶ Schulpolitik Forum 2019



Vorsitzender der Fachkommission Bildung Dirk Baumbach

2018

10. Schulpolitisches Forum

„Medienbildung und Digitalisierung im schulischen Umfeld“

Pandemiebedingt konnten in den Jahren 2020 bis 2022 keine schulpolitischen Foren durchgeführt werden. Eine Fortsetzung der Veranstaltungsreihe ist aber in Vorbereitung.

Weiterhin arbeitete die FK Bildung an bildungspolitischen Themen. Schule, Ausbildung und lebenslanges Lernen – all das sind Gebiete, die nachgefragt und von allen Mitgliedsgewerkschaften des SBB berührt werden.

Im bildungspolitischen Dialog rückte die FK Bildung Themen zu Bildung und Berufspraxis in ihr Handlungsspektrum. Fragen, wie Berufspraxis und Digitalisierung in die Bildung integriert werden können, wurden in der Fachkommission diskutiert. Die Verbindung von Schule und Arbeitswelt macht jetzt schon sichtbar, dass lebenslanges Lernen ein Auftrag an moderne Bildung darstellt. Flexibilität und Dynamik bestimmen einerseits die täglichen Arbeitsprozesse und wirken andererseits fordernd auf das System Schule zurück. Bildungsübergänge, individuelle Qualifikationswege, berufliche Ein- und Umstiege gestaltbar zu machen, bedeutet dem Wandel in der Arbeitswelt geeignet zu begegnen.

Die Expertise der Mitglieder der FK Bildung bereichert und stützt die Qualität der Aussagen. Geknüpft an das Ziel, Veränderungsbedarf zu analysieren, Argumentationsketten zu erstellen und Handlungsempfehlungen abzuleiten, trug die Fachkommission dazu bei, letztendlich Bildung umfänglich zu verbessern.

11.6. Bericht der Fachkommission Sicherheit

Die Fachkommission Sicherheit bündelt innerhalb des SBB die Interessen aller Gewerkschaften, nicht nur der, die sich mit Aufgaben der inneren Sicherheit in Sachsen beschäftigen. Mitglieder aller Fachgewerkschaften sind von Aggression, verbaler und körperlicher Gewalt und entsprechenden Übergriffen bedroht und/oder betroffen.

Hier eine valide Datengrundlage zu schaffen und präventiv wirksam zu werden, war Zielstellung für die Kommission im Berichtszeitraum.

Mitglieder der Fachkommission waren:

- Michael Welz (Vorsitzender, DSTG)
- Alexander Kirmse (DGVB)
- Peter Krebs (DPolG)
- Uwe Hankwitz (DVG)
- Rene Selle (BSBD) (bis 8/2020)

Regelmäßig fanden Beratungen der Mitglieder statt, welche – gerade in der Zeit der Pandemie – teilweise auch digital abgehalten wurden.

Die FK Sicherheit befasste sich mit folgenden Themen:

- Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst
- Sensibilisierung der Mitgliedsgewerkschaften für das Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und für die Opferfürsorge
- Corona-Schutzmaßnahmen im öffentlichen Dienst und Fürsorge bei Corona-Infektionen im Dienst
- Erörterungen zum Null-Toleranz-Erlass des Generalstaatsanwalts aus dem Jahr 2019.
- Ergänzung des Versorgungsrechts um eine Angriffschädigung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen
- Vom BMI im Juni 2022 vorgestellte Studie des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung zur Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst
- Kammerbeschluss des BVerfG vom 9. Februar 2022, 1 BvR 2588/20 zur Äußerung „...dämlicher Staatsanwalt...“
- Pressemitteilung des BKA zu Straftaten gegen Polizistinnen und Polizisten im Oktober 2022
- Pressemitteilungen zu erhöhtem Straftatenaufkommen gegen Mitarbeiter der Bahn



Seminar 2019 zum Thema Sicherheit

Die FK Sicherheit war in die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Studie zur „Gewalt gegen Beschäftigte“ eng eingebunden. So wurde am 18. Januar 2021 mit dem Wissenschaftlichen Beirat des BdK, insbesondere mit Prof. Dr. Britta Bannenberg, eine Vorbesprechung durchgeführt, die im Ergebnis zur Beauftragung der Professorin führte. Die Durchführung des Kongresses zur Präsentation der Ergebnisse wurde ebenfalls mit der Fachkommission vorbereitet und durchgeführt.

Die Fachkommission erhielt Gelegenheit, ihre Themen am 31. Mai 2022 auf dem Parlamentarischen Abend des SBB vorzustellen. Gespräche fanden mit Staatssekretärin Dr. Mertens (SMJusDEG) und Vizepräsident Bürkel (LDS) statt.

Mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion wurde am 22. August 2022 auch das Modell einer Angriffsentschädigung nach dem Vorbild von § 40 Hessisches Beamtenversorgungsgesetz besprochen und im Nachgang schriftlich ergänzt und begründet. Hierzu sollen weitere Gespräche geführt werden.

Das SMJusDEG hat im Dezember 2022 klargestellt, dass Straftaten gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst als gemeinschädlich angesehen werden und weiterhin der Null-Toleranz-Strategie unterfallen. Der SBB hatte hierauf hingewirkt und insofern das Ziel erreicht.



Staatssekretär Mathias Weilandt vom SMJusDEG, Referatsleiter Till Pietzcker sowie Nannette Seidler und Michael Welz



Stefanie H.
Lehrerin

12. SBB intern und Ausblick

SBB intern

Der SBB ist gut aufgestellt.

Dass dies nicht nur von der Landesleitung so gesehen wird, zeigt die Mitgliederentwicklung in den letzten Jahren. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche vertrauen dem SBB und seinen Mitgliedsgewerkschaften. Darauf sind wir stolz.

Der SBB steht auch auf soliden Füßen. Die Landesleitung geht verantwortungsbewusst mit den ihr anvertrauten finanziellen Mitteln um, wie uns die Kassenprüfer immer wieder bestätigen. So konnten und können wir unsere Mitgliedsgewerkschaften in ihrer Arbeit unterstützen, können Seminare, Aktionen, Veranstaltungen im Interesse aller durchführen. Das ist uns wichtig.

Der SBB ist ein anerkannter Gesprächspartner. Selbstbewusst können wir resümieren, dass der SBB eine feste Größe für Politik, Verwaltung und andere Gewerkschaften in Sachsen ist. Sachliche Diskussionen, fachliche Beiträge und leidenschaftliches Engagement all unserer Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben dazu geführt. Dafür sind wir dankbar.

Der SBB verändert sich.

In allen Bereichen unseres Lebens, auch dem gewerkschaftlichen, darf eine feste Größe nicht fehlen: die stetige Veränderung. Die letzten fünf Jahre haben gezeigt, dass auch der SBB mit seinen Zielen, Aufgaben, Strategien und Lösungswegen beweglich sein muss. Dass er das auch ist, dass der SBB reagieren und in allen, auch schwierigen Situationen, zielgenau agieren kann, hat gerade die Zeit der Krisen offenbart. Veränderung gehört dazu, auch zum

SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen. Und wenn wir uns verändern, dann doch am besten zum Positiven.

Deshalb: Lasst uns gemeinsam immer besser werden: Für unsere Mitglieder, für unsere gemeinsame Zukunft, für unseren Freistaat und die Demokratie. Auf geht's!

SBB Ausblick

Dieser Geschäftsbericht wird dem 8. Gewerkschaftstag des SBB Beamtenbund und Tarifunion im April 2023 vorgelegt. Die letzten fünf Jahre haben wir unsere gewerkschaftliche Arbeit unter das Motto „In Herausforderungen Chancen sehen. Wir machen Staat!“ gestellt.

Wie wir erlebt und Sie gelesen haben, aus gutem Grund.

Heute startet der SBB in die nächsten 5 Jahre gewerkschaftlichen Arbeitens. Den 8. Gewerkschaftstag und damit die nächsten fünf Jahre unseres gemeinschaftlichen Engagements haben wir im SBB wieder unter ein ganz besonderes Motto gestellt: Wirkung kommt von WIR. Gemeinsam mehr erreichen.

Gewerkschaftsarbeit definiert sich mit Werten. Konfliktfähigkeit, Solidarität, Gerechtigkeit, aber auch Ehrlichkeit, Verantwortung und Demokratie – all das und Vieles mehr bestimmt unser Tun. Und dies, auch das gehört zu unserem Selbstverständnis, in aller Regel im Ehrenamt.

Eine oder Einer allein kann etwas bewirken, Einige miteinander schon etwas mehr. Im Verbund mit unseren 38 Mitgliedsgewerkschaften, mit vielen Tausenden Mitgliedern, Freunden und Unterstützern können wir unser Umfeld verändern, im besten Fall zum Positiven.

Wir können und wir wollen Zukunft gestalten!

Blieben Sie uns also auch in den nächsten Jahren an unserer Seite.

Wir jedenfalls freuen uns auf jede einzelne Begegnung und jede neue Herausforderung.

WIR im SBB

**Wirkung
kommt
von WIR.**

**Gemeinsam mehr
erreichen.**

WIR IM SBB.





13. Wichtige Termine des SBB im Berichtszeitraum

2018

12.-13. April	SBB GWT
14.-15. Mai	Seminar „Gewerkschaftsarbeit im Team – gemeinsam erfolgreich sein!“
07. Juni	Informationsabend Dienstunfähigkeit
27. Juni	SBB Landesvorstandssitzung
07.-09. September	Tag der Sachsen in Torgau
22. September	Tag der offenen Tür FH Meißen
22.-23. Oktober	Seminar „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“
24. Oktober	„Demografischer Wandel im öffentlichen Dienst - Herausforderung für Jung und Alt“ – Diskussionsforum SBB Jugend und SBB Senioren im SLT
26. Oktober	SBB Jugend Landesjugendtag
08. November	Parlamentarischer Abend
08. November	Landesfrauenkongress SBB Frauen
14. November	SBB Landesvorstandssitzung
15. November	Informationsabend Dienstunfähigkeit
29. November	3. Senientag der SBB Senioren
05. Dezember	Seminar „Grundlagen der EU – Datenschutzgrundverordnung“
07. Dezember	Ehrenmitgliedertreffen

2019

07.-08. Januar	dbb Jahrestagung
22. Februar	Tagung der Querschnittsvertretungen des SBB
19.-20. März	SBB Landesvorstandssitzung
23. März	11. Schulpolitisches Forum „Neutrale Schule? Politische Bildung zwischen Lehrermeldeportal und Beutelsbacher Konsens“
13.-14. Mai	Seminar „Staatspolitik - Sicherheit“
22. Mai	Informationsabend Pflege
26. Juni	SBB Landesvorstandssitzung
06.-08. September	Tag der Sachsen Riesa
14. September	Tag der offenen Tür FH Meißen
14.-15. Oktober	Seminar „Gewerkschaftsarbeit – Akteure und Instrumente der Mitgliederwerbung und -bindung“
07. November	Hauptversammlung SBB Frauen
13. November	SBB Landesvorstandssitzung
21. November	Parlamentarischer Abend
27. November	Hauptversammlung SBB Senioren
06. Dezember	Ehrenmitgliedertreffen

2020

25. Januar	SBB Jugend Landesjugendausschuss
10. Juni	SBB Landesvorstandssitzung
16. Juni	Informationsabend „HomeOffice und Versicherungsschutz“
24. Juni	SBB Landesvorstandssitzung
08. Juli	Informationsabend „HomeOffice und Versicherungsschutz“
16.-17. Oktober	Start-Workshop SBB Jugend
13. Oktober	Seminar „Effektive Vorbereitung und Durchführung von Gremiensitzungen“
14. Oktober	Informationsabend „HomeOffice und Versicherungsschutz“
09.-10. November	SBB Landesvorstandssitzung
14. November	SBB Jugend Landesjugendausschuss

2021

11. Januar	Jahrestagung des dbb
09. März	Informationsabend „Online Banking in Zeiten von Corona“
13. April	dbb Bundesfrauenkongress
22. April	Informationsveranstaltung „Neuerungen bei den Personalratswahlen“
28. April	Informationsveranstaltung zum Leistungsangebot der VBL
08. Juni	SBB Landesvorstandssitzung
24. Juni	Seminar „Beamtenrecht für Interessenvertreter“
30. Juni	Hauptversammlung SBB Frauen
16. September	Seminar „Öffentlichkeitsarbeit für Interessenvertretungen“
06.-07. Oktober	Seminar „Meinungsbildung und Ideenfindung in Gremiensitzungen: Moderation und Kreativitätstechniken“
08.-09. November	SBB Landesvorstandssitzung

2022

09.-10. Januar	dbb Jahrestagung
21. März	Seminar „IT-Sicherheit“
06.-07. Mai	Bundesjugendtag
09. Mai	SBB Kongress „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“
10. Mai	SBB Landesvorstandssitzung
17.-18. Mai	Seminar „Tue Gutes und rede darüber – aber richtig! Öffentlichkeitsarbeit für Interessenvertretungen“
07.-08. November	SBB Landesvorstandssitzung
28.-29. November	Gewerkschaftstag dbb

2023

09.-10. Januar	dbb Jahrestagung
27.-28. Februar	SBB Landesvorstandssitzung
27.-28. April	SBB GWT



Manuel H.
Erzieher

14. Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Entwurf eines Gesetzes begleitender Regelung zum Doppelhaushalt 2019/2020 (Haushaltsbegleitgesetz 2019/2020 – HBG 2019/2020)	13. August 2018
Referentenentwurf einer Dritten Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Sächsischen Beihilfeverordnung (SächsBhVO)	24. Januar 2019
Gesetz zur Einführung einer automatisierten Beihilfebearbeitung und zu statistischen Meldepflichten von Dienstunfalldaten	12. März 2019
Entwurf einer Verordnung zur Änderung dienst-, besoldungs- und versorgungsrechtlicher Verordnungen	15. April 2019
Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge 2019/2020/2021 sowie zur Änderung weiterer besoldungsrechtlicher Vorschriften	25. April 2019
Entwurf des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen der Sächsischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung Bau und Technik LG 2.1 (SächsAPOBau-LG 2.1)	12. August 2019
Entwurf einer Vierten Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Sächsischen Beihilfeverordnung (SächsBhVO)	28. August 2020
Entwurf eines Gesetzes begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2021/2022 (Haushaltsbegleitgesetz 2021/2022 - HBG 2021/2022)	03. Dezember 2020
Sächsisches Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Sonderzahlung aufgrund der Corona-Krise (Sächsisches Corona-Sonderzahlungsgesetz – SächsCorSZG)	20. Januar 2022
Referentenentwurf einer Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften	09. März 2022
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sächsischen Reisekostengesetzes	10. Oktober 2022
Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften	15. November 2022
Entwurf eines Sächsischen Energiepreispauschalen-Gesetzes (SächsEPPG)	12. Januar 2023

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Referentenentwurf des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Neustrukturierung des Polizeirechts in Sachsen	30. Mai 2018
--	--------------

Änderung der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die modulare Qualifizierung von Beamten der Laufbahngruppe 2, erste Einstiegsebene für Ämter der Besoldungsgruppe A14 der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung (VwV A14-Qualifizierung)	12. Juli 2018
Entwurf einer Verordnung des SMI und SMS zur Änderung der Sächsischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung allgemeiner Verwaltungsdienst und sozialwissenschaftlicher Dienst	18. September 2018
Referentenentwurf der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sächsischen Polizeidienstkleidungsverordnung	12. November 2018
Entwurf einer Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses	22. November 2018
Referentenentwurf - Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Ausbildung und Prüfung der Beamten der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung im fachlichen Schwerpunkt Vollzugsdienst in Abschiebungshaft- und Ausreisege-wahrsamseinrichtungen (Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung Abschiebungshaft – SächsAPOAHaft)	12. Dezember 2018
Novellierung der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Anerkennung von Berufsausbildungen und Hochschulstudiengängen als Laufbahnbefähigung ohne Vorbereitungsdienst in der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung (VwV Laufbahnbefähigung Allgemeine Verwaltung ohne Vorbereitungsdienst – VwV LAVoV)	17. Dezember 2018
Novellierung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahngruppe 1.2 in der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung mit fachlichem Schwerpunkt Allgemeiner Verwaltungsdienst	17. Dezember 2018
Dritte Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Urlaubs-, Mutterschutz- und Elternzeitverordnung	4. Juni 2019
Entwurf einer Verordnung des Staatsministeriums des Innern und des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Umsetzung der Ausbildungsoffensive an der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum	17. August 2019
Entwurf einer Zweiten Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Laufbahnverordnung	10. Februar 2020
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sächsischen Beamtengesetzes	5. November 2020
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Ausbildungsoffensive an der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum	09. November 2020
Entwurf einer Sechsten Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Arbeitszeitverordnung (SächsAZVO)	12. Dezember 2020
Entwurf einer II. ÄndVO zur Sächsischen Personalvertretungswahlenverordnung; Anhörung	14. Januar 2021
Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung der Organisation von Studium, Ausbildung und Fortbildung der sächsischen Polizei	21. Januar 2021

Sächsische Staatskanzlei

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Informationssicherheit im Freistaat Sachsen	3. Januar 2019
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Verarbeitung personenbezogener Daten nach dem Sächsischen Personalanalysegesetz - Sächsische Personalanalysegesetz-Durchführungsverordnung (SächsPersAnGDVO)	5. Juli 2019

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Handlungsprogramms der Sächsischen Staatsregierung zur nachhaltigen Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen	11. Juli 2018
Novellierung der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Zuordnung der Schulleitungsfunktionen	15. Januar 2019
Entwurf der Verwaltungsvorschrift des SMK über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen	16. April 2019
Entwurf des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Novellierung der Sächsischen Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung – SächsLKAZVO vom 17. Juli 2017	06. Juni 2019
Entwurf der Neufassung der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die dienstliche Beurteilung der Beamten im Schuldienst des Freistaates Sachsen (VwV Beurteilung Beamte Schuldienst)	12. August 2019
Novellierung der Sächsischen Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung (SächsLKAZVO) vom 7. Juli 2017	11. März 2022

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Referentenentwurf für die Sächsische Berufsakademie-Dienstaufgabenverordnung – SächsBA-DAVO	27. Februar 2019
Entwurf des SMWK zur Anpassung und ergänzenden Fortschreibung der Hochschulentwicklungsplanung 2025	14. Mai 2021
Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen	19. September 2022

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Verordnung des SMJ über die Ausbildung und Prüfung der Beamten der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Justiz im Schwerpunkt Justizvollzugsdienst	23. Mai 2018
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Sächsisches Datenschutz-Umsetzungsgesetz - SächsDSUG)	29. Juni 2018

Entwurf der Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die erste Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Justiz mit dem fachlichen Schwerpunkt Justizdienst des Freistaates Sachsen	23. Januar 2020
Entwurf einer Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zum Vollzug in freien Formen	11. September 2020
Referentenentwurf des Gesetzes zur Einführung des Gesetzes über die Transparenz von Informationen im Freistaat Sachsen	20. Oktober 2021
Referentenentwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Sächsischen Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung	21. Oktober 2022
VO des SMJ über die Ausbildung und Prüfung der Beamtinnen und Beamten der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1 in der Fachrichtung Justiz mit dem fachlichen Schwerpunkt Justizvollzug	1. März 2023
Referentenentwurf - Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Sachsen	23. Februar 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Entwurf einer Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz über die modulare Qualifizierung von Beamten der Laufbahngruppe 2, erste Einstiegsebene für Ämter der Besoldungsgruppe A 14 der Fachrichtung Gesundheit und Soziales (VwV A 14 – Qualifizierung Gesundheit und Soziales)	29. Juni 2018
--	---------------

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über die Ausbildung und Prüfung im Vorbereitungsdienst für die Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Agrar- und Forstverwaltung mit den fachlichen Schwerpunkten landwirtschaftlicher Dienst und Forstdienst - SächsAPOAgrFor	27. Januar 2023
--	-----------------

Sächsischer Landtag

Gesetzesentwurf zur Änderung und Ergänzung kommunalrechtlicher Regelungen und von Regelungen im Personalvertretungsrecht (Kommunalrechtsänderungsgesetz -KomÄndG) der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion	26. März 2019
---	---------------

Impressum

Herausgeber: Nannette Seidler
Landesvorsitzende
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen e.V.
Theresienstr. 15
01097 Dresden

Redaktionsschluss: 15. März 2023

Fotonachweis: Friedhelm Windmüller, dbb beamtenbund und tarifunion, SBB, SBB Frauen, SBB Jugend, SBB Senioren,
B. Hala, D.Meißner (SMJusDEG), AgenturProjekt40@JeannetteKoch

Layout und Druck: DIE MACHER. GmbH



David M.
Kommunalbeamter

#SBBGWT2023

#WirkungskommtvonWIR

#gemeinsammehrerreichen

